

Karl Aiginger, Alois Guger

Das europäische Gesellschaftsmodell

Studie des WIFO im Auftrag des BMWA¹

Recognize that things change and that we need to change with them, so that the mere fact that a set of practices has been successful or comfortable in the past is not an argument for its maintenance in the future J. Bradford DeLong²

Einleitung

Mit dem Anspruch Europas der dynamischste und wettbewerbstärkste Wirtschaftsraum der Welt zu werden, in dem auch der soziale Zusammenhalt weiter gestärkt wird auf der einen Seite, der kritischen Zwischenbilanz bezüglich des Lissabon-Prozesses und die Diskussion der europäischen Verfassung auf der anderen Seite, rückte die Frage nach dem „Europäischen Modell“ im Unterschied zum „amerikanischen“ in den Mittelpunkt des Interesses. Europa konnte in den Nachkriegsjahrzehnten gegenüber den USA deutlich aufholen, fiel aber im letzten Jahrzehnt wieder zurück. Während die großen Volkswirtschaften Zentraleuropas enttäuschend niedrige Wachstumszahlen aufweisen, entwickelten sich die skandinavischen Wohlfahrtsstaaten seit 1995 ähnlich dynamisch wie die amerikanische Wirtschaft, weisen aber dazu noch Budget- und Außenhandelsüberschüsse aus.

Die einzelnen europäischen Länder haben einerseits unterschiedliche Sozial- und Wirtschaftssysteme (kurz „Gesellschaftssysteme“), andererseits gemeinsame Charakteristika, die sie von den USA unterscheiden. Wir berichten die Erfahrungen der Länder, die sich in den letzten 1½ Jahrzehnten am besten behauptet haben, versuchen aber auch, aus erfolgreichen Reformen anderer Länder, Schlussfolgerungen zu ziehen, wie Europa auf der Basis der gemeinsamen Tradition eines hohen sozialen Zusammenhalts den Anforderungen des innovationsbasierten globalisierten Wirtschaftsprozess entsprechen kann.

Die Arbeit versucht, zuerst aus den unterschiedlichen Ausprägungen der Gesellschaftsmodelle in Europa Grundzüge eines europäischen Modells herauszuarbeiten, und dann Änderungen zu berichten, die in den letzten Jahrzehnten durchgeführt wurden. Neue Elemente eines Europäischen Gesellschaftsmodells werden formuliert. Anhand der wichtigsten makroökonomischen und sozialstaatlichen Ziele werden – nach der Verfügbarkeit international vergleichbarer Daten – Indikatoren vergleichend nach Sozialstaatsmodellen und Ländern dargestellt und analysiert.

¹ Auftrag 56.268/21-C1/1/2005.

² Zitiert nach Baily & Kirkegaard (2004)

Definition des europäischen Gesellschaftsmodells

Bei allen Unterschieden zwischen den Gesellschaftsmodellen der europäischen Länder - geprägt von historischer Entwicklung, aktuellen Problemen und wirtschaftspolitischen Strategien - gibt es gemeinsame Werte und Charakteristika, die Europa von den USA und Asien ausreichend unterscheiden, um von einem Europäischen Gesellschafts- und Sozialmodell zu sprechen. Das europäische Gesellschaftsmodell basiert

1. auf einer breiten Verantwortung der öffentlichen Hand für soziale Wohlfahrt, die sich neben der Absicherung gegen Armut und die Risiken des Lebens wie Krankheit, Arbeitslosigkeit, Alter und Behinderung auch auf die Gesundheitsvorsorge, die Förderung von Familien und das Bildungsangebot bezieht;
2. auf sozialem Dialog, institutionalisierte Arbeitsbeziehungen, Mitbestimmung am Arbeitsplatz und Arbeitsschutz; und
3. auf Leistungen, die in der Regel universellen und inklusiven Charakter haben und über den gesamten Lebenszyklus verteilt allen Gesellschaftsmitgliedern zugute kommen und den sozialen Zusammenhalt stärken.

Die Sozialpolitik der EU liegt seit Beginn der europäischen Integration in der Verantwortung der Mitgliedsstaaten. Auf europäischer Ebene war die Sozialpolitik bis in die neunziger Jahre im Wesentlichen ein Nebenprodukt der ökonomischen Integration³. Ihre Agenda beschränkte sich auf die Koordination des Sozialversicherungsschutzes (WanderarbeiterInnen), die Gleichbehandlung der Geschlechter, den technischen Arbeitsschutz und sonstige Arbeitsbedingungen, sowie die Errichtung des Europäischen Sozialfonds und auf finanzielle Zuschüsse zur „Entwicklung der Humanressourcen“.

Angesichts gemeinsamer Probleme und Herausforderungen für die Sozialsysteme der Mitgliedsländer wurde 1997 eine „neue“ Sozialpolitik der Union („Modernizing and improving social protection“) als integrierte Strategie zur Optimierung der Sozialpolitik und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit formuliert. Zusammen mit der Beschäftigungs- und Wirtschaftspolitik soll eine aktivierende Sozialpolitik ein sich gegenseitig befruchtendes Dreieck („virtuous triangle“) bilden, das soziale Kohäsion, Vollbeschäftigung und wirtschaftliche Dynamik auf den Weg bringen soll. Diese Strategie wurde am Gipfel von Lissabon 2000 aufgegriffen und soll mittels der „Methode der offenen Koordination“ in den Mitgliedsländern verbindlich umgesetzt werden, um die EU zur „wettbewerbsstärksten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaft“ zu entwickeln, die nachhaltiges Wachstum mit mehr und besseren Jobs und größerem sozialen Zusammenhalt verbindet. Die Sozialpolitik wird damit im Rahmen des

³ Obgleich die Charter of Fundamental Social Rights 1989 bereits die Kriterien eines möglichen Europäischen Sozialmodells auflistet, erhielten diese keinen bestimmenden Status. Die Charter listete die Kriterien unter folgenden Titeln auf: „Freedom of movement; Employment end remuneration; Improvement of living and working conditions; Social protection; Freedom of association and collective bargaining; Vocational training; Equal treatment of men and women; Information, consultation and participation of workers; Health protection and safety at the workplace; Protection of children and adolescents; Elderly persons; Disabled persons.“ (Fitoussi & Kistoris Padoa Schioppa 2005, S. 209, Fußnote 3, S. 244).

europäischen Sozialmodells explizit als „produktiver Faktor“ und „Instrument der Flexibilität“ etabliert (Fitoussi, 2005, p. 210f).

Die Ziele dieses europäischen Sozialmodells finden sich im Vertragsentwurf über die europäische Verfassung und sind zum Teil auch als soziale Rechte formuliert⁴:

- *„soziale Ausgrenzungen und Diskriminierungen“* sollen bekämpft werden;
- *„soziale Gerechtigkeit und sozialer Schutz, die Gleichstellung von Frauen und Männern, die Solidarität zwischen den Generationen und den Schutz der Rechte der Kinder“* sollen gefördert werden;
- *„Jeder Mensch hat das Recht auf Bildung sowie auf Zugang zur beruflichen Ausbildung und Weiterbildung, auf Zugang zu einem unentgeltlichen Arbeitsvermittlungsdienst, auf eine Begrenzung der Höchstarbeitszeit, auf tägliche und wöchentliche Ruhezeiten sowie auf bezahlten Jahresurlaub, auf bezahlten Mutterschaftsurlaub, Zugang zur Gesundheitsvorsorge und ärztliche Versorgung“*;
- Zusätzlich wird *„ein hohes Umweltschutzniveau und die Verbesserung der Umweltqualität nach dem Grundsatz der nachhaltigen Entwicklung“* als Zielsetzung festgeschrieben.

Die EU garantiert damit in ihrem Verfassungsvertrag soziale Grundrechte, die in den USA und den meisten außereuropäischen Ländern noch umstritten sind.

Marktwirtschaft mit sozialer und ökologischer Verantwortung

Das europäische Wirtschaftsmodell beruht auf einer Marktwirtschaft, in der überwiegend private Firmen nach marktwirtschaftlichen Grundsätzen und nach von der Gemeinschaft vorgegebenen Rahmenbedingungen national und international nachgefragte Güter und Dienstleistungen anbieten. Die wichtigsten individuellen Risiken wie Armut, Krankheit, Arbeitslosigkeit, Alter und Behinderung werden durch die Gesellschaft abgesichert, wobei der Einzelne teils nach Risiken und Eigenbeiträgen, teils solidarisch zur Finanzierung beiträgt. Es gibt hoheitliche Aufgaben, die vom Staat bestimmt und produziert werden (äußere und innere Sicherheit), und gesellschaftliche Anliegen, die von der öffentlichen Hand teilweise unentgeltlich, teilweise gegen geringe Kostenbeiträge zur Verfügung gestellt werden oder für die zumindest die Erstellung garantiert und verbilligt wird (Bildung, Erziehung). Mit Regulierungen und finanziellen Anreizen werden Personen und Firmen dazu veranlasst, mehr in Ausbildung, Forschung, Gesundheit, aber auch für Investitionen auszugeben, als es bei privater Entscheidung der Fall wäre. Einkommensunterschiede werden durch Transfers und progressive Steuern gemildert, eine Beteiligung aller Gruppen am gesellschaftlichen und kulturellen Leben wird gewünscht (inklusives System), die Teilnahme an der Erwerbsarbeit wird als Norm angesehen und soll allen möglich sein, wobei die Vollzeitarbeit die gängige Norm darstellt. Die Nachhaltigkeit der Ressourcennutzung wird angestrebt. Das europäische Gesellschaftsmodell wird als soziale Marktwirtschaft, Wohlfahrtsstaat, Sozialstaat, ökosoziales Modell oder nachhaltiges Wirtschaftsmodell bezeichnet.

⁴ Europäische Union (2005, Teil I und II).

Unterschiede zwischen Ländergruppen

Die Mitgliedsländer der Europäischen Union bekennen sich zu den Werten und Zielen des europäischen Sozialmodells, diese sind im Verfassungsvertrag formuliert. Zwischen den Sozialsystemen der einzelnen Mitgliedsländer, die sich verpflichtet haben, diese Ziele in Eigenverantwortung umzusetzen, bestehen beträchtliche Unterschiede in den Institutionen und Leistungsniveaus, die sich auf Unterschiede in der Wirtschaftsstruktur und in gesellschaftlichen Traditionen gründen. Diese Vielfalt macht einerseits den Integrationsprozess schwieriger und schafft eigene Probleme, bietet aber auch eine Chance, differenzierter spezifischen Problemen zu begegnen (größere Offenheit für "best practice" Ansätze).

In der Periode dynamischen Wachstums bis in die siebziger Jahre konnte man eine Konvergenz der Mitgliedsländer zu einem gemeinsamen Modell der „Sozialen Marktwirtschaft“ erkennen. Mit den wirtschaftlichen Problemen im Gefolge der Ölkrisen und der Globalisierung kam es jedoch zu unterschiedlichen Anpassungsstrategien und zunehmender Diversifikation, die sich mit jedem Erweiterungsschritt neu gestellt hat und weiter neu stellen wird. Mit einer endogenen, gleichsam automatischen Annäherung der Systeme ist auch in absehbarer Zukunft nicht zu rechnen, eine (nur schrittweise mögliche) Harmonisierung der Sozialsysteme kann daher nur als langfristige Gemeinschaftsaufgabe verstanden werden.

In der Analyse der Sozialstaatsmodelle werden heute in der Tradition von Esping-Andersen (1990) drei Grundmodelle unterschieden, das skandinavische, das korporatistische und das liberale Wohlfahrtsmodell⁵. Mit der Süderweiterung der EU brachte Stephan Leibfried (1992) in die Diskussion des Europäischen Wohlfahrtsstaates ein Modell der Mittelmeerländer ("Latin Rim Countries") ein, und Esping-Andersen (1999) ergänzte sein Konzept mit einem ähnlichen Modell, das als staats- und familienbasiertes gemischtes Wohlfahrtsmodell ("Mixed Economies of Welfare") bezeichnet wird. Wir fassen die südeuropäischen Länder als mediterranes Modell zusammen. Im Gefolge der EU-Erweiterung könnte sich für die Länder mit planwirtschaftlicher Vergangenheit ein neuer Modelltyp herausbilden, der einerseits auf die vorhandenen Traditionen und Institutionenlandschaft Rücksicht nimmt, andererseits von dem Ziel geprägt ist, das Einkommens- und Wohlfahrtsniveau der „alten“ Mitglieder zu erreichen ("Catching up strategy").

Das **skandinavische Modell**, dessen Charakteristika in Schweden, Finnland Norwegen, Dänemark und mit Vorbehalten in den Niederlanden dominieren, gründet sich auf hohe Erwerbsbeteiligung beider Geschlechter durch ein breites öffentliches Dienstleistungsangebot (Kinder- und Altenbetreuung) mit einer effizienten Arbeitsmarktvermittlung (Recht auf Arbeit) und beruflicher Weiterbildung, die die Teilnahme am Erwerbsleben aktiv fördert ("workfare society"). Die Sozialpartner spielen eine zentrale Rolle am Arbeitsmarkt, wo

⁵ Esping-Andersen's maßgebliche Kriterien in der Kategorisierung seines ursprünglichen Konzepts bestanden erstens im Grad der De-Kommodifikation, d.h. vom Ausmaß der Unabhängigkeit des Individuums vom Markt, bzw. inwieweit Sozialleistungen an frühere Erwerbstätigkeit gebunden sind. Das zweite Kriterium bildete das Ausmaß, in dem die soziale Schichtung durch die sozialen Regelungen beeinflusst wird. In seiner späteren Arbeit kommt mit dem Konzept des „gemischten“ Modells das Kriterium der De-Familiarisierung dazu, mit dem gemessen werden soll, inwieweit Familien durch den Markt oder den Staat entlastet werden.

Arbeitsbedingungen und Löhne nach dem Prinzip "Equal Pay For Equal Work" auf zentraler Ebene ausgehandelt werden. Die Lohnunterschiede sind daher vergleichsweise gering. Der Staatsanteil ist hoch, und der Staat ein wichtiger Arbeitgeber – insbesondere für Frauen. Die re-distributive Funktion des Staates ist umfassend, universalistisch und in hohem Maße erwerbsunabhängig. Die sozialen Sicherungs- bzw. Versicherungssysteme sind für die gesamte Bevölkerung einheitlich und haben hohe Mindeststandards. Die Armutsgefährdung ist niedrig.

Das **korporatistische Modell** ist in Kontinentaleuropa, nämlich in Deutschland, Österreich, Italien und Belgien am stärksten ausgeprägt. Es basiert auf dem Bismarck'schen Sozialversicherungssystem und ist erwerbszentriert und beitragsfinanziert; d.h. eine gute soziale Absicherung ist an die frühere Erwerbstätigkeit bzw. eine stabile Partnerbeziehung gebunden. Priorität gilt dem Erhalt des im Erwerbsleben erreichten sozialen Status. Die Sozialversicherung ist nach der sozialen Schichtung nach Arbeitern, Angestellten, Beamten und Selbständigen organisiert und auf den Erhalt sozialer Differenzierung bedacht. Die Mindestabsicherung für Randgruppen außerhalb des Erwerbslebens ist lückenhaft. Am Arbeitsmarkt dominiert das Recht auf Sozialleistung gegenüber dem Recht auf Arbeit. Der Staat tritt in erster Linie als Transferleistungsanbieter in Erscheinung und weniger als Anbieter von Dienstleistungen oder als Arbeitgeber. Der Umverteilungsprozess stützt sich stärker auf Steuern und universelle Transfers als auf soziale Dienste. Die Sozialpartner spielen in der gesamten Wirtschafts- und Sozialpolitik eine große Rolle. Die Lohnpolitik findet zentral oder auf Branchenebene statt, dies findet in den branchenspezifischen Lohndifferenzen seinen Niederschlag.

Das **liberale Modell** ("residual model") ist durch minimalen Staatseinfluss und selektive Wohlfahrtssysteme gekennzeichnet, die überwiegend über das allgemeine Steuersystem finanziert werden. Die Leistungen sind in der Regel einkommensgeprüft ("means-tested") und auf die Bedürftigsten zentriert ("targeted"). Die Aufgabe des Sozialsystems ist auf Armutsbekämpfung fokussiert und weniger auf Umverteilung. Niedrige Sozialstandards sollen die Arbeitsbereitschaft erhalten. Der Arbeitsmarkt ist wenig reguliert und Löhne- und Arbeitsbedingungen werden weitgehend dezentral auf Betriebsebene ausgehandelt. Beispiele für Länder, in denen die liberalen Sozialstaats Elemente vorherrschen, sind in Europa Irland und Großbritannien und in Übersee Australien, Neuseeland, die USA und Kanada; wir bezeichnen diese vier Länder als liberales Überseemodell.

Das staats- und familienbasierte **mediterrane Modell** ("mixed model") dominiert in Spanien, Portugal und Griechenland, aber auch in Italien und Frankreich finden sich Elemente dieses Konzeptes. In diesen Ländern finden sich teils mit der Sozialversicherung Elemente des korporatistischen Modells und mit geringem sozialen Engagement des Staates sowie geringer De-Kommodifikation auch Teile des liberalen Modells. Die Gewerkschaften spielen eine große Rolle, die Bedingungen am Arbeitsmarkt sind aber häufig noch durch die Bedeutung der Agrarwirtschaft beeinflusst. Die soziale Absicherung und soziale Dienste durch den Staat sind eher rudimentär entwickelt und stützen sich in hohem Maße auf die Familienbande. Die Erwerbsbeteiligung – insbesondere jene von Frauen - ist niedrig.

Angesichts der Divergenzen in den Sozialstaatsmodellen in Europa, die sich auch auf unterschiedliche Wirtschaftsstrukturen, historische und politische Traditionen, aber auch auf unterschiedliche Problemstellungen und Herausforderungen gründen, kann kein endogener

„bottom-up“ Prozess der Angleichung der Sozialsysteme in Europa erwartet werden. Ein „top-down“ Prozess würde die Integration z. B. der Arbeitsmärkte erleichtern, ist aber angesichts der politischen Präferenzen und der ökonomischen Ungleichheiten nur begrenzt und schrittweise möglich. Die Methode der offenen Koordination und des gegenseitigen Lernens wird wahrscheinlich die Entwicklung dominieren und dazu beitragen, dass das europäische Gesellschaftsmodell als produktiver Faktor zur Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstandsbildung in Europa beitragen kann.

Erfolge und Grenzen des europäischen Modells

Das Projekt Europa ist politisch langfristig auf Erfolgskurs. Immer mehr Länder bewerben sich um die Mitgliedschaft. Die Währung ist stark. Die Frieden schaffende Wirkung ist unumkehrbar und zieht immer weitere Regionen in ihren Bann. Daran kann auch die neu aufgeflamnte Debatte über die Tiefe oder die Breite der zukünftigen Integration nichts ändern. Die Diskussion über die neue Verfassung und die Notwendigkeit, das Gesellschaftssystem in den Ländern und in der Union zu diskutieren, kann letztlich die Vorzüge des europäischen Modells auch stärker herausstellen als es ohne Diskussion möglich wäre. Hingegen ist die wirtschaftliche Dynamik Europas in den letzten fünf bis zehn Jahren enttäuschend. Das Wachstum ist niedrig, die Arbeitslosigkeit bleibt hoch, die Binnennachfrage springt auch nach einem Exportboom nicht an. Die Budgetdefizite bleiben auch im „besten Jahr“ knapp an der Alarmgrenze, europaweite Infrastrukturprojekte verzögern sich.

Die wirtschaftliche Dynamik Europas mag kurzfristig durch die unmittelbaren strukturellen Anforderungen der Integration und die Effekte der Konsolidierung der Staatshaushalte im Gefolge der Maastrichtkriterien gedämpft worden sein. Das langfristige Wachstumspotential wurde aber durch die wirtschaftliche Integration verbessert. Verkrustete Strukturen wären ohne Integration nicht aufgebrochen, Reformen und Marktöffnung nicht erfolgt, und die zukünftigen Probleme wären noch wesentlich größer. Die Einkommen wären nach Ländern unterschiedlicher, der Rückstand des Südens und des Ostens würden zu wirtschaftlichen und politischen Spannungen führen, und die kleinen Länder hätten schlechtere Leistungsindikatoren als die großen. Nationale Monopole z. B. im Telekombereich würden weiter bestehen, die Landwirtschaft bekäme größere, unübersichtlichere und widersprüchlichere Subventionen, die Internationalität und Qualität der Ausbildung ließe zu wünschen übrig, die Mobilität der Europäer wäre geringer.

Die Geldpolitik bot keinen Ausgleich zur Konsolidierung der Staatshaushalte. Fiskal- und Geldpolitik wirkten zusammen nachfragedämpfend. Gleichzeitig blieb die Lohnentwicklung hinter den Produktivitätssteigerungen zurück; die Binnennachfrage wurde über schwaches Konsumwachstum gedämpft, sodass das Wirtschaftswachstum unter dem Potentialpfad blieb.

Ist das europäische Modell auch konkurrenzfähig?

Es gibt Analytiker, die die Ursache für die europäische Wachstumsschwäche im umfassenden Sozialnetz, den hohen Löhnen, dem starken Einfluss des Staates und den Umweltauflagen

sehen, also gerade in jenen Elementen, die das europäische Gesellschaftsmodell prägen. An diesem Argument stimmt, dass Kosten und bürokratische Verzögerungen in einer integrierten und globalisierten Wirtschaft und mit dem Auftreten neuer Konkurrenten (von den Spitzenregionen der Erweiterungsländer bis zu China und Indien) schwerer wiegen, als in den ruhigeren sechziger bis achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts.

Aber das Sozialnetz hat auch Vorteile rein ökonomischer Art, es gibt Sicherheit und erhöht den Konsum, die Lernbereitschaft, die Mobilität und den Zukunftsoptimismus. Die Bereitschaft zu Veränderungen auf der individuellen Ebene bedarf der Sicherheit eines gesellschaftlichen Auffangsystems und der Erreichbarkeit einer neuen Position bei Aufgabe der bisherigen („Mikroökonomischer Wandel braucht makroökonomische Stabilität“). Ein stabilisierender Staat erhöht die Investitionsneigung (ganz abgesehen davon, dass spezifische Staatsausgaben selbst eine hohe Rendite haben können). Armut und Arbeitslosigkeit bedeuten jedenfalls hohe volkswirtschaftliche Kosten. Zäune, Sicherheitsanlagen, Gefängnisse, Kriminalität sind verlorene Kosten. Dennoch ist die Dynamik von Produktion, Beschäftigung und Produktivität in den USA seit mehr als einem Jahrzehnt höher als in Europa, und die Frage, ob Europa gegenüber den USA – und gegenüber den dynamischen Wirtschaften Asiens - konkurrenzfähig ist, bleibt berechtigt.

Europas Probleme liegen vor allem in der Binnennachfrage und in der ungenügenden Dotierung der Zukunftsinvestitionen und weniger in mangelnder preislicher Wettbewerbsfähigkeit etwa durch erhöhte Sozialleistungen: Während die US-Wirtschaft seit Jahrzehnten mit Leistungsbilanzdefiziten zu kämpfen hat, verzeichnet die europäische Wirtschaft Außenhandelsüberschüsse – besonders auch Länder mit hohen Sozialstandards.

Woher kommt die europäische Wachstumsschwäche?

Die EU konzentriert sich in ihrer wirtschaftspolitischen Strategie erstens auf eine liberalisierende/deregulierende Komponente (Binnenmarktpolitik) und zweitens auf einen eher restriktiven Einsatz der makroökonomischen Politik (Stabilitäts- und Wachstumspakt). Die Binnenmarktpolitik stellt einen Aspekt der Angebotsseite des Wirtschaftsprozesses in den Mittelpunkt (Intensität und Offenheit der Konkurrenz), die restriktive Durchführung der Geld- und Fiskalpolitik reduziert die für das Vertrauen der Investoren und Konsumenten bedeutende kurzfristige Auslastung der Ressourcen. Die Strategie vernachlässigt die dritte und langfristig entscheidende Komponente, nämlich die wachstumsfördernde Komponente (Zukunftsinvestitionen, Lissabon-Strategie).

Die deregulierende Komponente hat Subventionen und Wettbewerbsverzerrungen reduziert oder zumindest transparenter gemacht, den Förderwettbewerb für neue Ansiedlungen eingeschränkt, die Märkte geöffnet, den Wettbewerb intensiviert, den Strukturwandel beschleunigt und die Basis für europäische Exporterfolge geschaffen. Es ist ein Erfolg, dass Europa heute weitgehend ein Binnenmarkt ist (statt 15 nationalen Märkten oder jetzt sogar an Stelle von 25 Märkten). Die liberalisierende/deregulierende Komponente allein für die derzeitigen Probleme in der EU verantwortlich zu machen, wäre langfristig ein fataler Fehler. Ihr Beitrag zur Steigerung des Konsumentennutzens und zur Senkung der relativen Preise darf

nicht übersehen werden, auch dass der langfristige Gesamtbeschäftigungseffekt positiv sein sollte im Gegensatz zum deutlich sichtbaren negativen „Ersteffekt“. Vielleicht hat die Binnenmarktstrategie zunächst einige Zehntelprozent Wachstum gekostet, aber selbst dies wäre eine gute Investition für langfristig hohe Erträge. Ein segmentierter, subventionierter, kleinstaatlicher, regional kartellierter Wirtschaftsraum ist kein Zukunftsmodell.

Die aktive Komponente der Wirtschaftspolitik, d.h. Investitionen, Forschung, Ausbildung und neue Technologien zu forcieren, ist eine unbedingte Voraussetzung für die Erhaltung und Weiterentwicklung des europäischen Gesellschaftsmodells. Ein Modell, das soziale Risiken absichert und ökologisch wirtschaftet, muss mit der neuesten Technologie und dem letzten Wissensstand arbeiten und auf reine Preiskonkurrenz und Dumping verzichten.

Erfolgreiche Länder fahren eine dreipolige Strategie

Die in den letzten Jahren wirtschaftlich erfolgreichsten europäischen Länder – Schweden, Finnland, Dänemark – wachsen ungefähr gleich schnell wie die USA, allerdings nach Krisen, die zumindest in Finnland und Schweden zu einem deutlichen Verlust in der relativen Einkommensposition in Europa geführt haben. Alle drei Länder haben ein hohes Sozial- und Beschäftigungsniveau, einen großen Staatssektor und geben der Umwelt einen hohen Stellenwert. Sie schafften es, die Reformen in einer Form durchzuführen, „die das Vertrauen der Bevölkerung und ihr Sicherheitsbedürfnis nicht beeinträchtigen“ (Tichy, 2005, S. 403). Ihr Erfolg beruht auf drei Säulen:

- Privates und öffentliches Kostenbewusstsein
- Hohes Beschäftigungsniveau: Reform des Arbeitsmarktes in Richtung mehr Flexibilität für Firmen und Sicherheit, Qualifikation und Beratung für die Arbeitnehmer („Flexicurity“)
- Forcierung der Zukunftsinvestitionen in Richtung Lissabonstrategie

Privates und Öffentliches Kostenbewusstsein

Die erste Säule ist privates und öffentliches Kostenbewusstsein: Löhne steigen nicht rascher als die Produktivität, die Staatsausgaben wachsen langsamer als das Bruttoinlandsprodukt und als die Steuereinnahmen.

Durch die erfolgreichen Budget- und Arbeitsmarktreformen hatten die drei Länder am Beginn der letzten Schwächeperiode Budgetüberschüsse und konnten der Abschwächung gegensteuern. Damit konnte die Binnennachfragekomponente in der letzten Phase niedrigen Wachstums gestärkt werden. Dadurch sehen Investoren zusätzliche Absatz- und Ertragschancen, und Konsumenten halten infolge der weiter steigenden Einkommen und der niedrigen Arbeitslosigkeit ihre Konsumneigung aufrecht.

Die Staatsausgaben wurden mittelfristig, unter Beachtung von Ausgabenprioritäten und Verteilungsaspekten gebremst. Alle drei Länder hatten am Beginn der Rezession einen Budgetüberschuss und konnten dann expansiv reagieren, ohne an die durch den Stabilitätspakt gesetzten Grenzen zu stoßen.

Hohes Beschäftigungsniveau: Reform des Arbeitsmarktes in Richtung mehr Flexibilität für Firmen und größere Sicherheit, Qualifikation und Beratung für die Arbeitnehmer („Flexicurity“)

Durch ein qualitativ hochwertiges, leistbares und flächendeckendes Betreuungsangebot für Kinder und ältere Personen und effiziente Ausbildungssysteme erreichen die skandinavischen Länder über den gesamten Lebenszyklus für beide Geschlechter eine hohe Erwerbsbeteiligung.

Die ökonomischen Anreize am Arbeitsmarkt wurden in den neunziger Jahren wachstums- und beschäftigungsfreundlich gesetzt: Temporäre Arbeitsverhältnisse sind frei gestaltbar, generell sind Arbeits- und Produktmärkte weniger reguliert als in den großen kontinentaleuropäischen Ländern. Das Arbeitslosenentgelt ist relativ hoch, aber die Regeln für Schulung und Annahme von Beschäftigung nach Schulung sind streng („fördern und fordern“). Die Zuversicht, einen Arbeitsplatz zu gewinnen, wenn der alte verloren geht, ist groß. Die aktive Arbeitsmarktpolitik ist effektiv und wird akzeptiert, so dass Flexibilität für die Firmen kombiniert wird mit Sicherheit für den Arbeitnehmer („Flexicurity“).

Forcierung der Zukunftsinvestitionen in Richtung Lissabon-Strategie

Den Zukunftsfaktoren Forschung, Ausbildung, Weiterbildung, Diffusion von Technologien wird entscheidende Bedeutung gegeben: Die Ausgaben für Forschung liegen gleich auf mit den USA, 50 % höher als im europäischen Durchschnitt und wurden in den neunziger Jahren stärker erhöht; die Lissabonziele sind in diesen Ländern konsequent verfolgt und 2005 schon weitgehend erfüllt - damit ihre Vorteile genutzt. Wachstum und Exzellenz im Innovations- und Ausbildungssystem werden angestrebt, damit der Wohlfahrtsstaat finanzierbar bleibt und die Umwelt geschont werden kann.

Neue Elemente im europäischen Gesellschaftsmodell

Eine Weiterentwicklung des europäischen Gesellschaftsmodells berücksichtigt, dass Wohlfahrtsstaaten so reformiert werden können, dass sie flexibler werden und in der globalisierten Welt wettbewerbsfähig sind. Das neue europäische Modell ist nicht das alte, es hat drei Adjektive: effizient, sozial und ökologisch. Wer das erste Adjektiv vergisst, erschwert das zweite und das dritte. Ein europäisches Modell des reformierten Wohlfahrtsstaates – kostenbewusst, anreizoptimierend, wachstumsorientiert – ist konkurrenzfähig und kombiniert Einkommen, soziale Sicherheit und ökologische Verantwortung.

Ein erfolgreiches europäisches Gesellschaftsmodell, das auch unter den Bedingungen der internationalen Konkurrenz und der Globalisierung erfolgreich ist, lernt nicht nur von skandinavischen Ländern, sondern bezieht auch die Reform Erfahrungen von großen europäischen Ländern (Deutschland, Frankreich, Italien, Großbritannien) ein, die Erfolge in den kleinen Ländern mit den höchsten Pro-Kopf-Einkommen (Belgien, Luxemburg, Niederlande, Österreich) und der Länder der Peripherie, die in den letzten Jahren stärker gewachsen sind als der EU-Durchschnitt (Irland, Portugal, Spanien, Griechenland), sowie die Reform Erfahrungen der neuen Mitgliedsländer. Ein reformiertes Modell könnte durch die folgenden Elemente gekennzeichnet sein:

- Das Sozialsystem ist umfassend und sichert alle Bevölkerungsgruppen ab, die Transfers und Sozialleistungen stehen teilweise in Relation zu individuellen Anstrengungen und sind an Bedingungen (für Weiterbildung, Eigenvorsorge, Akzeptanz von Mobilität und Veränderungen) geknüpft. Hohe Ersatzraten z. B. im Fall der Arbeitslosigkeit werden mit Anreizen zur Wiederaufnahme von Beschäftigung und intensiver Beratung sowie aktiver Arbeitsmarktpolitik verknüpft, Ersatzraten sind bei niedrigen Einkommen höher als bei höheren.
- Wenn Steuern und Staatsausgaben hoch sind, müssen sie auf ihren Einfluss auf die Wettbewerbsfähigkeit und die Produktivität überprüft werden. Transfers verlieren relativ an Bedeutung zu öffentlichen Dienstleistungen und zu investiven Komponenten. Einrichtungen und Vertragsformen werden forciert, die Beruf und Familie oder Beruf und Weiterbildung vereinbaren. Jedes Gesetz wird neben Wettbewerbsaspekten in Richtung ökologische und soziale Folgen bewertet.
- Die Löhne entwickeln sich in Einklang mit der Produktivität, ein Abwertungswettlauf wird vermieden. Dennoch ist nicht die individuelle Position garantiert, sondern die Voraussetzungen zur Wiederaufnahme einer Beschäftigung werden verbessert. Neben dem Vollzeitarbeitsplatz gibt es unterschiedliche Formen der Teilzeit- und der Kurzzeitverträge. Diese sind mit anteiligen Sozialleistungen verbunden. Die Wahl der Flexibilität soll von Arbeitgeber und Arbeitnehmer symmetrisch bestimmt werden und soll auch nach Geschlechtern gleichmäßig verteilt sein. Personen, die in bestimmten Lebensphasen Flexibilität akzeptieren, haben Vorrang, wenn später von derselben Firma Vollzeitarbeitsplätze angeboten werden.
- Eine neue kinderzentrierte Familienpolitik mit qualitativ hochwertigen, flächendeckenden und leistbaren Betreuungseinrichtungen, um erstens die kognitiven Fähigkeiten der kommenden Generationen früh zu entwickeln und auf die Herausforderungen der neuen wissensbasierten und flexibleren Arbeitswelt vorzubereiten; um zweitens soziale Vererbung zu verringern; sowie drittens die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern und die Erwerbschancen von Frauen zu erhöhen.
- Welfare to work Elemente werden implementiert mit dem Ziel, die Grenzsteuersätze bei Aufnahme von Arbeit zu verringern. Der Unterschied zwischen Brutto- und Nettolohn besonders im Bereich der Niedrigeinkommen darf nicht zu groß werden. Für Problemgruppen werden negative Einkommenssteuer, Wiedereingliederungsbeihilfen oder Kombilöhne staatlich forciert. Arbeitsmarktpolitik wird stärker dezentralisiert, der Schulungs- und Weiterbildungsaspekt forciert und alle Problemgruppen (inkl. Sozialhilfe, beschränkt Vermittlungsfähige) einbezogen.
- Teilzeitarbeit und Flexibilitäten werden auch als bewusste Wahl im Lebenszyklus angesehen, Sozial- und Pensionsrechte sind mit ihnen (pro rata) verbunden, Teilzeit ist auch ein individuelles Recht (für Auszeiten, Weiterbildung, Familiengründung, Pensionsvorbereitung) und nach Geschlechtern gerecht verteilt ("managed and balanced flexibility").

Unterschiede zum amerikanischen Modell

Das europäische Modell ist auch nach diesen Reformen und teilweise gerade durch sie deutlich vom amerikanischen Modell unterschiedlich:

- Die abgedeckten Risiken sind in Europa umfangreicher und daher die Wohlfahrtskosten höher, der Versuch Einkommensunterschiede auszugleichen bleibt ein Kernelement des europäischen Gesellschaftsmodells. Ein Niedrigpreis und -Lohnsektor wird nicht langfristig akzeptiert. Die Rolle der Arbeitsmarktinstitutionen ist mehr auf Hilfe und Förderung ausgerichtet.
- Ökologische Ziele, umfangreiche Risikenabsicherung, Vermeidung der Armut und Fairness in der Einkommensverteilung werden durch Steuern und Rahmenbedingungen abgesichert. Im Bereich der Schulen und der Gesundheit wird ein hoher Teil in öffentlichen Einrichtungen angeboten.
- Die öffentliche Hand übernimmt eine proaktive Rolle im Bereich der Forschung, der Industriepolitik, der Aus- und Weiterbildung, indem sie Anreize bietet, in diese Bereiche zu investieren.
- Sozialpartner spielen eine Rolle in der Festlegung der Lohnskala und der Lohnhöhe, sie beeinflussen gemeinsam mit der Regierung und unter Anhörung von Experten die Institutionen und die Wirtschaftsgesetze.

Indikatoren der Entwicklung seit 1990

Makroökonomische Entwicklung

Europa entwickelte sich in den Jahrzehnten nach dem Krieg sehr dynamisch und hat gegenüber den USA sowohl hinsichtlich seiner Einkommensposition – gemessen am Bruttoinlandsprodukt pro Kopf - als auch hinsichtlich Produktivität – gemessen am Bruttoinlandsprodukt je Arbeitsstunde – deutlich aufgeholt. Baily & Kirkegaard (2004, S. 1) betonen: "The European economy is one of the great post war success stories", sehen aber - wie der Europäische Rat auf seinem Gipfel von Lissabon im Jahr 2000 - beträchtlichen Reformbedarf („Lissabon-Strategie“), wenn Europa den neuen Herausforderungen der innovationsgetriebenen, globalisierten Ökonomie gewachsen sein soll; eine Perspektive, die auch in den Berichten von Sapir et al. (2004) und Blanchard (2004) aufgezeigt wird.

Neben den angepeilten strukturellen Reformen muss aber die Wirtschaftspolitik auch die gesamtwirtschaftliche Nachfrage im Auge haben. Baily & Kirkegaard (2004, S. 18) heben in Hinblick auf die europäische Geld- und Fiskalpolitik hervor: "Even the most successful structural reform in Europe will not generate growth if the macroeconomic conditions are not right. Weakness in aggregate demand can ruin any economic party."⁶

⁶ "The SGP, which was intended to provide a framework for long-term fiscal stability, now seems to be in shambles" "The ECB has not moved aggressively enough to stimulate demand, even though inflation has been

Seit den frühen neunziger Jahren ist der europäische Aufholprozess zum Stillstand gekommen – nur einzelne Länder konnten seither ihre relative Position gegenüber den USA bzw. in der Weltwirtschaft halten oder weiter verbessern.

Übersicht 1: Wirtschaftperformance: Wachstum und Produktivität

	BIP real	BIP pro Kopf	BIP/Erwerbsperson	BIP pro Stunde	BIP pro Kopf zu KKP Niveau 2005
	Durchschnittliches jährliches Wachstum 1990 bis 2005 in %				1.000 €
Skandinavisches Modell	2,3	1,9	2,0	2,6	28,93
Dänemark	2,0	1,7	1,7	2,1	28,30
Finnland	2,1	2,4	2,4	2,4	26,90
Niederlande	2,2	0,7	1,1	2,6	27,34
Schweden	2,1	2,4	2,4	1,9	27,05
Norwegen	3,2	2,4	2,5	3,7	35,05
Korporatistisches Modell	1,8	1,3	1,3	2,4	25,90
Deutschland	1,5	1,4	1,3	2,0	24,56
Frankreich	1,8	1,2	1,3	2,6	25,61
Italien	1,4	0,9	1,1	1,8	24,03
Belgien	2,0	1,2	1,4	2,5	27,28
Österreich	2,1	1,8	1,7	3,1	28,00
Liberales Modell	4,5	2,7	2,6	5,4	29,74
Irland	6,5	3,4	3,2	8,0	31,55
Großbritannien	2,4	2,1	2,0	2,7	27,93
Mediterranes Modell	2,5	1,5	1,5	2,8	19,53
Griechenland	2,9	2,0	2,0	2,8	19,23
Portugal	2,0	1,5	1,5	2,9	16,75
Spanien	2,7	1,1	1,1	2,8	22,62
Liberales Überseemodell	3,2	1,6	1,6	3,3	28,88
USA	3,1	2,0	1,9	3,2	36,10
Kanada	2,8	1,3	1,4	3,1	29,47
Australien	3,6	2,0	2,0	3,8	28,10
Neuseeland	3,1	1,3	1,2	3,2	21,83
EU 15	1,9	1,4	1,4	2,4	25,11
Japan	1,3	1,1	1,2	2,0	25,88
Tschechien	1,2	1,8	3,2	4,3	16,46
Ungarn	3,9	3,3	3,3	4,1	14,58
EU 15 - USA (EU 15/USA)	-1,19	-0,60	-0,52	-0,79	0,70

Q: Eurostat (AMECO);

Bei Sub-Aggregaten ungewichteter Länderdurchschnitt; EU 15 gemeldet (gewichtet); Tschechien und Ungarn: 1999 – 2005; BIP pro Stunde: 1990 – 2004.

Der folgende Überblick beschränkt sich im Wesentlichen auf die Periode ab 1990 seit Europa im Durchschnitt langsamer wächst als die USA.

Europa (EU 15) ist in den letzten 1 ½ Jahrzehnten mit 1,9 % pro Jahr um 1,2 Prozentpunkte jährlich langsamer gewachsen als die USA (3,1 %). Der Wachstumsprozess wird aber auch demographisch (Arbeitsangebot) bestimmt, so dass nur das Wachstum pro Kopf wohlstandsrelevant ist: Das Pro-Kopf-Wachstum blieb in Europa gut ½ Prozentpunkt hinter den USA zurück (2,0 % bzw. 1,4 %), obwohl der Rückstand Europas nach diesem Indikator am höchsten ist (30 %). Größer waren die Unterschiede innerhalb Europas: Die skandinavischen Länder erreichten 1990 bis 2005 eine durchschnittliche Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf von 1,9 % pro Jahr, wobei der Durchschnitt durch Niederlande (0,7 %) gedrückt wurde, Finnland, Norwegen und Schweden kamen auf 2,4 %. Die korporatistischen Länder (+1,3 %) lagen im Wachstum pro Erwerbsperson – mit Ausnahme

low, the world economy was weak, and the euro levelled off and then strengthened.“ (vgl. auch Fitoussi & Kistoris Padoa Schioppa, 2005, S. 136ff)

Österreichs von +1,8 % - im europäischen Durchschnitt und die Mittelmeerländer (+1,5 %) knapp darüber. Das höchste Pro-Kopfwachstum erzielte durch seinen dynamischen Aufholprozess Irland mit 3,4 % pro Jahr.

Europa hat ein geringeres Pro-Kopf-Einkommen, dies ist zum Teil durch niedrigere Erwerbsbeteiligung bzw. kürzere Arbeitszeiten bedingt: nach einem deutlichen Aufholprozess Europas in den Jahrzehnten nach dem Krieg hat die Stundenproduktivität seit 1990 in den USA (+3,2 %) um rund einen $\frac{3}{4}$ Prozentpunkt pro Jahr stärker zugenommen als in Europa. In Europa erreichten neben Irland (+8,0 %) nur Norwegen (+3,7 %) und Österreich (3,1 %) ähnlich hohe oder höhere Zuwächse. Im Durchschnitt stieg die Produktivität in den skandinavischen Ländern um 2,6 %, in den korporatistischen um 2,4 % und in den mediterranen um 2,8 %. Das liberale Modell dominiert in Europa nur in Großbritannien und Irland. Die makroökonomische Entwicklung dieses Modells wird durch die außergewöhnliche Entwicklung Irlands (+8 %) verzerrt, sodass der Durchschnitt (insbesondere als ungewichteter Durchschnitt beider Länder) wenig aussagekräftig ist. In Großbritannien stieg in diesem Zeitraum der Output je Stunde jährlich um $2\frac{3}{4}$ %.

Die makroökonomische Entwicklung weist innerhalb Europas und innerhalb der einzelnen Ländergruppen größere Unterschiede aus als zwischen Europa und den USA einerseits und zwischen den einzelnen Ländergruppen andererseits. Dazu kommt, dass aufgrund der strukturellen und institutionellen Unterschiede einzelne Länder von der europäischen Makropolitik unterschiedlich betroffen sind.⁷

Der Einfluss des Staates auf den Wirtschaftsprozess

Im Europäischen Gesellschaftsmodell kommt dem Staat sowohl über die öffentlichen Haushalte als auch als Regulator größere Bedeutung zu als in den USA oder in den übrigen außereuropäischen Ländern, in denen das liberale Gesellschaftsmodell dominiert.

Der Staatsanteil ist im skandinavischen Modell am größten und liegt dort eher über 50 % im korporatistischen Modell knapp unter 50 % - jeweils mit Ausnahmen: die Niederlande und Norwegen einerseits und Frankreich andererseits. In beiden Ländergruppen sinken (mit wenigen Ausnahmen) die Staatsausgabenquoten seit den frühen neunziger Jahren (in den skandinavischen Ländern stärker). Die Steuerquote liegt im Durchschnitt der skandinavischen Länder 2005 niedriger als 1990, in den korporatistischen Ländern etwas höher (das höhere Niveau in den skandinavischen Ländern - Ausnahme Niederlande - bleibt erhalten). Die Gruppe der mediterranen Länder hat in den achtziger Jahren den Staatseinfluss ausgeweitet, seither bleibt der Staatsanteil im Durchschnitt stabil. In den liberalen Ländern, Großbritannien und Irland, ging der Staatsanteil in den neunziger Jahren deutlich zurück, ist aber seit 2000 wieder fast auf das Niveau von 1990 gestiegen.

⁷ So zeigen Fitoussi und Kistoris Padoa Schioppa (2005, S. 114) auf, dass in Irland und in Österreich das Wirtschaftswachstum durch die einheitliche Geldpolitik der EMU positiv beeinflusst wurde, in Deutschland und Portugal dagegen negativ. In den übrigen Ländern waren die Wirkungen gering. Für Deutschland analysieren sie: "monetary policy proved more restrictive for Germany, given the dimension of this economy and its trade links with the European partner countries, with some consequences for the whole euro area." (Fitoussi und Kistoris Padoa Schioppa, 2005, S. 137).

Übersicht 2: Staatshaushalt

	Steuerquote				Staatsausgabenquote				Budgetdefizit			
	1980	1990	2000	2005	1980	1990	2000	2005	1980	1990	2000	2005
	In % des Bruttoinlandsprodukts											
Skandinavisches Modell	49,3	53,9	56,2	52,8	50,0	53,6	49,7	50,5	-1,0	-1,9	6,5	2,3
Dänemark	51,3	56,0	56,7	56,5	53,5	57,0	54,2	54,5	-2,4	-1,0	2,5	2,0
Finnland	44,5	54,0	56,2	51,9	40,6	48,6	49,1	50,5	3,9	5,5	7,1	1,4
Niederlande	52,0	49,5	47,5	45,8	56,0	54,8	45,3	47,9	-4,0	-5,3	2,2	-2,1
Schweden	.	.	62,3	57,8	.	.	57,4	57,0	-8,1	-10,7	5,0	0,8
Norwegen	.	56,2	58,2	52,0	.	54,0	42,6	42,7	5,4	2,2	15,6	9,3
Korporatistisches Modell	44,6	46,0	48,7	47,2	48,8	51,1	49,2	49,7	-4,3	-5,0	-0,4	-2,5
Deutschland	45,3	42,8	47,1	43,6	48,4	44,9	45,7	47,0	-3,0	-2,0	1,3	-3,3
Frankreich	46,5	48,6	51,2	51,5	46,5	50,7	52,6	54,5	0,0	-2,1	-1,4	-3,0
Italien	34,6	42,6	46,2	44,6	41,7	54,3	46,9	48,2	-7,1	-11,8	-0,7	-3,6
Belgien	46,8	46,6	49,5	49,1	56,3	53,4	49,3	49,4	-9,5	-6,8	0,1	-0,2
Österreich	49,7	49,7	49,8	47,4	51,2	52,0	51,4	49,5	-1,7	-2,4	-1,6	-2,1
Liberales Modell	42,4	40,6	38,8	37,7	45,6	42,8	34,7	39,5	-3,2	-2,2	4,1	-1,8
Irland	.	40,5	36,3	34,5	.	43,3	31,9	35,1	.	-2,8	4,4	-0,6
Großbritannien	42,4	40,6	41,2	40,9	45,6	42,2	37,4	44,0	-3,2	-1,6	3,8	-3,0
Mediterranes Modell	28,5	36,2	43,1	42,4	34,8	45,9	45,7	45,6	-6,3	-9,7	-2,7	-3,2
Griechenland	.	34,5	47,9	44,3	.	50,2	52,1	48,8	.	-15,7	-4,2	-4,5
Portugal	27,8	35,4	42,3	42,5	35,3	42,0	45,2	47,4	-7,5	-6,6	-2,9	-4,9
Spanien	29,3	38,8	39,1	40,4	34,4	45,5	40,0	40,4	-5,1	-6,7	-0,9	0,0
Liberales Überseemodell	31,4	39,7	38,3	33,1	35,3	44,7	37,6	33,5	-3,3	-4,4	1,4	-1,1
USA	31,1	31,7	34,2	29,5	33,8	36,0	32,5	33,5	-2,6	-4,3	1,6	-4,0
Kanada	.	43,7	44,3	.	.	49,6	41,3	.	-4,1	-5,9	3,1	1,8
Australien	31,7	34,3	36,3	36,6	36,9	39,2	38,9	.	-3,0	-2,7	-0,6	.
Neuseeland	.	49,2	.	.	.	53,8	.	.	.	-4,6	.	.
EU 15	41,3	43,3	46,8	45,3	45,7	48,9	45,8	47,9	.	.	1,0	-2,5
Japan	28,9	34,3	32,2	31,8	33,5	32,3	39,6	38,4	-4,5	2,0	-7,5	-6,6
Tschechien	.	.	38,5	41,8	.	.	42,1	46,3	.	.	-3,7	-4,5
Ungarn	.	.	45,3	44,0	.	.	47,7	47,9	.	.	-2,4	-3,9
EU 15/USA	1,33	1,37	1,37	1,54	1,35	1,36	1,41	1,43	.	.	0,59	0,63

Q: Eurostat (AMECO);

Bei Sub-Aggregaten ungewichteter Länderdurchschnitt; EU 15 gemeldet (gewichtet); Steuerquote: Australien bis 2002.

Der Hauptunterschied liegt in der Budgetbilanz. Die Länder des skandinavischen Modells hatten 2000 alle einen Budgetüberschuss, und zwar im Schnitt von 6,5 %. Auch 2005 haben fünf der sechs Länder einen Überschuss (im Schnitt von 2,3 % des Bruttoinlandsprodukts; Ausnahme Niederlande), obwohl sie gegen die Konjunkturschwäche gegengesteuert haben. Alle korporatistischen Länder haben 2005 Defizite (im Schnitt von 2,5 %).

Für die Produktmärkte zeigt der OECD-Regulierungsindikator, der die Werte zwischen 0 und 6 annehmen kann, dass die Liberalisierungsbemühungen im Rahmen der Binnenmarktstrategie der EU erfolgreich waren und weiter fortgeführt werden. In den fünf Jahren 1998 bis 2003 wurden in Europa – gemessen an diesem Indikator - die Regulierungen um ein Drittel reduziert, in jedem Land ist der Liberalisierungsprozess im Gang, und Großbritannien, Irland, Dänemark und Schweden haben bereits das Regulierungsniveau der USA erreicht oder sogar unterschritten (Großbritannien).

Übersicht 3: Produktmarktregulierungen

	Produktmarktregulierung total			Administrative Regulierung			Ökonomische Regulierung		
	1998	2003	1998/2003	1998	2003	1998/2003	1998	2003	1998/2003
Skandinavisches Modell	1,9	1,3	-33,7	2,0	1,4	-28,6	2,4	1,7	-28,6
Dänemark	1,4	1,1	-21,4	1,2	1,1	-8,3	2,0	1,4	-30,0
Finnland	2,1	1,3	-38,1	2,6	1,3	-50,0	2,6	1,9	-26,9
Niederlande	1,8	1,4	-22,2	2,3	2,4	4,3	2,2	1,5	-31,8
Schweden	1,8	1,1	-38,9	2,1	1,1	-47,6	1,9	1,4	-26,3
Norwegen	2,4	1,4	-41,7	1,6	1,1	-31,3	3,2	2,3	-28,1
Korporatistisches Modell	2,1	1,5	-30,2	2,6	1,7	-32,0	2,6	1,9	-26,0
Deutschland	1,8	1,3	-27,8	2,6	1,9	-26,9	2,1	1,6	-23,8
Frankreich	2,4	1,6	-33,3	3,2	1,5	-53,1	2,7	2,2	-18,5
Italien	2,7	1,8	-33,3	3,1	1,6	-48,4	3,5	2,4	-31,4
Belgien	1,9	1,4	-26,3	2,1	1,9	-9,5	2,5	2,0	-20,0
Österreich	1,8	1,3	-27,8	1,8	1,8	0,0	2,3	1,5	-34,8
Liberales Modell	1,3	1,0	-24,0	1,4	1,1	-25,0	1,6	1,3	-18,8
Irland	1,4	1,0	-28,6	1,5	1,2	-20,0	1,7	1,3	-23,5
Großbritannien	1,1	0,9	-18,2	1,3	0,9	-30,8	1,5	1,3	-13,3
Mediterranes Modell	2,3	1,6	-30,0	2,5	2,0	-21,1	2,9	2,1	-28,7
Griechenland	2,7	1,7	-37,0	2,5	1,7	-32,0	3,3	2,1	-36,4
Portugal	2,2	1,7	-22,7	2,3	2,3	0,0	2,9	2,2	-24,1
Spanien	2,1	1,5	-28,6	2,8	2,0	-28,6	2,5	1,9	-24,0
Liberales Überseemodell	1,4	1,1	-23,6	1,4	1,0	-25,9	1,4	1,2	-14,3
USA	1,3	1,0	-23,1	1,5	1,0	-33,3	1,3	1,2	-7,7
Kanada	1,4	1,1	-21,4	1,1	0,7	-36,4	1,5	1,4	-6,7
Australien	1,3	0,9	-30,8	1,2	1,0	-16,7	1,6	1,1	-31,3
Neuseeland	1,5	1,2	-20,0	1,6	1,3	-18,8	1,2	1,1	-8,3
EU 15	1,9	1,4	-29,8	2,2	1,6	-27,7	2,4	1,8	-26,7
Japan	1,9	1,3	-31,6	2,8	1,7	-39,3	1,9	1,4	-26,3
Tschechien	2,9	1,6	-44,8	2,4	2,3	-4,2	2,8	1,8	-35,7
Ungarn	2,4	2,0	-16,7	1,6	1,5	-6,3	3,3	2,6	-21,2
EU 15/USA	1,49	1,36	1,29	1,50	1,62	0,83	1,85	1,47	3,47

Q: OECD (ECO/CPE/WP1(2004)9/ANN3);

Index zwischen 0 = unreguliert und 6 = reguliert;

Bei Sub-Aggregaten ungewichteter Länderdurchschnitt; EU 15 ungewichteter Länderdurchschnitt.

Am Arbeitsmarkt bestehen größere Unterschiede im Regulierungsniveau als auf den Produktmärkten. Die Arbeitsmärkte sind erwartungsgemäß im liberalen Modell am stärksten dereguliert, sie sind im skandinavischen Modell (besonders in Dänemark und Finnland) weniger reguliert als im korporatistischen. Die Deregulierung findet weitgehend über die Entregulierung von temporären Verträgen statt. In Frankreich wurde die Regulierung der Arbeitsmärkte noch verstärkt. Seit 1998 hat sich das Regulierungsniveau in den skandinavischen Ländern nicht mehr verändert, in Italien und Griechenland (und in Deutschland bei Teilzeitverträgen; die Hartz-Reformen sind noch nicht im Datensatz) setzte sich der Deregulierungsprozess am Arbeitsmarkt fort. Während in den USA das Regulierungsniveau unverändert ist, wurden in Neuseeland und in den europäischen liberalen Ländern die Regulierungen bis 2003 von sehr niedrigem Niveau ausgehend ein wenig verstärkt.

Übersicht 4: Arbeitsmarktregulierungen

	Arbeitsmarktregulierung total			Reguläre Verträge			Temporäre Verträge			Kollektivkündigungen	
	1990	1998	2003	1990	1998	2003	1990	1998	2003	1998	2003
Skandinavisches Modell	2,7	2,3	2,3	2,5	2,4	2,4	3,0	1,8	1,8	3,4	3,4
Dänemark	2,3	1,8	1,8	1,5	1,5	1,5	3,1	1,4	1,4	3,9	3,9
Finnland	2,3	2,2	2,1	2,8	2,3	2,2	1,9	1,9	1,9	2,6	2,6
Niederlande	2,7	2,3	2,3	3,1	3,1	3,1	2,4	1,2	1,2	3,0	3,0
Schweden	3,5	2,6	2,6	2,9	2,9	2,9	4,1	1,6	1,6	4,5	4,5
Norwegen	2,9	2,7	2,6	2,3	2,3	2,3	3,5	3,1	2,9	2,9	2,9
Korporatistisches Modell	3,0	2,7	2,5	2,3	2,3	2,2	3,7	2,7	2,3	3,6	3,6
Deutschland	3,2	2,6	2,5	2,6	2,7	2,7	3,8	2,3	1,8	3,5	3,8
Frankreich	2,7	2,8	2,9	2,3	2,3	2,5	3,1	3,6	3,6	2,1	2,1
Italien	3,6	3,1	2,4	1,8	1,8	1,8	5,4	3,6	2,1	4,9	4,9
Belgien	3,2	2,5	2,5	1,7	1,7	1,7	4,6	2,6	2,6	4,1	4,1
Österreich	2,2	2,4	2,2	2,9	2,9	2,4	1,5	1,5	1,5	3,3	3,3
Liberales Modell	0,8	1,1	1,2	1,3	1,3	1,4	0,3	0,3	0,5	2,7	2,7
Irland	0,9	1,2	1,3	1,6	1,6	1,6	0,3	0,3	0,6	2,4	2,4
Großbritannien	0,6	1,0	1,1	0,9	0,9	1,1	0,3	0,3	0,4	2,9	2,9
Mediterranes Modell	3,8	3,4	3,2	3,7	3,1	3,1	4,0	3,7	3,2	3,3	3,3
Griechenland	3,6	3,5	2,9	2,5	2,3	2,4	4,8	4,8	3,3	3,3	3,3
Portugal	4,1	3,7	3,5	4,8	4,3	4,3	3,4	3,0	2,8	3,6	3,6
Spanien	3,8	3,0	3,1	3,9	2,6	2,6	3,8	3,3	3,5	3,1	3,1
Liberales Überseemodell	0,7	1,0	1,2	1,0	1,1	1,2	0,5	0,5	0,7	2,3	2,3
USA	0,2	0,7	0,7	0,2	0,2	0,2	0,3	0,3	0,3	2,9	2,9
Kanada	0,8	1,1	1,1	1,3	1,3	1,3	0,3	0,3	0,3	2,9	2,9
Australien	0,9	1,5	1,5	1,0	1,5	1,5	0,9	0,9	0,9	2,9	2,9
Neuseeland	1,0	0,8	1,3	1,5	1,4	1,7	0,5	0,4	1,3	0,4	0,4
EU 15	2,8	2,5	2,4	2,5	2,4	2,3	3,0	2,2	2,0	3,4	3,4
Japan	2,1	1,9	1,8	2,4	2,4	2,4	1,8	1,6	1,3	1,5	1,5
Tschechien	.	1,9	1,9	.	3,3	3,3	.	0,5	0,5	2,1	2,1
Ungarn	.	1,5	1,7	.	1,9	1,9	.	0,6	1,1	2,9	2,9
EU 15/USA	13,82	3,54	3,39	12,61	11,75	11,71	10,12	7,48	6,74	1,16	1,17

Q: OECD (ECO/CPE/WP1(2004)9/ANN3);

Bei Sub-Aggregaten ungewichteter Länderdurchschnitt; EU 15 ungewichteter Länderdurchschnitt.

Index zwischen 0 = unreguliert und 6 = reguliert;

Zwischen 1990 und 1998 nicht voll vergleichbar (größter Unterschied in den USA: 1998 alt 0,2; neu 0,7)

Arbeitsmarkt und Beschäftigung

Die Arbeitsmärkte weisen auch hinsichtlich Beschäftigungsniveau, Arbeitslosenrate und Lohnstrukturen erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Modellen aus. Trotz wesentlich egalitärer Lohnstrukturen weisen die skandinavischen Länder mit 74,3 % ähnlich hohe Beschäftigungsquoten aus wie die USA (76,1 %). Die Länder in liberaler Tradition liegen mit einer Beschäftigungsquote von 70 % schon merklich dahinter, erreichen aber bereits das für 2010 angepeilte Lissabonziel. Die korporatistischen und mediterranen Länder bleiben aufgrund niedriger Frauenerwerbsbeteiligung und frühzeitigem Pensionsantritt mit 66,5 % bzw. 61,6 % Beschäftigungsquoten deutlich zurück.⁸

Die Arbeitslosigkeit ist (2005) in den mediterranen Ländern mit Arbeitslosenraten von durchschnittlich 9,3 % am höchsten, gefolgt von den korporatistischen Ländern mit 7,8 %.

⁸ Österreich weist trotz frühem Pensionsantritt eine hohe Beschäftigungsquote aus; diese erklärt sich zum Teil aus der niedrigeren Arbeitslosenquote, zum Teil auch aus den KinderbetreuungsgeldbezieherInnen, die auf 2½ Jahre bezahlte Betreuungszeit Anspruch haben und in dieser Zeit als beschäftigt gelten, obwohl sie am Arbeitsmarkt nicht verfügbar sind.

Deutlich niedrigere Arbeitslosenquoten weisen die skandinavischen (5,7 %) und liberalen europäischen Länder (4,7 %) aus.

Übersicht 5: Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

	Arbeitslosenquote				Beschäftigungsquote			
	1980	1990	2000	2005	1980	1990	2000	2005
Skandinavisches Modell	3,9	4,6	5,2	5,7	73,7	74,7	74,7	74,3
Dänemark	4,9	7,2	4,4	4,9	76,9	76,5	78,2	77,4
Finnland	4,7	3,2	9,8	8,4	72,8	73,9	66,4	68,0
Niederlande	6,2	5,8	2,9	5,2	63,8	65,0	75,1	74,5
Schweden	2,0	1,7	5,6	5,9	79,8	83,0	74,6	73,6
Norwegen	1,7	5,2	3,4	4,0	75,4	74,8	79,1	77,9
Korporatistisches Modell	5,0	6,7	7,4	7,8	65,6	64,1	65,9	66,5
Deutschland	3,5	6,2	7,2	9,7	67,6	69,3	69,3	69,4
Frankreich	6,1	8,5	9,1	9,4	64,7	61,2	63,4	63,7
Italien	7,1	8,9	10,1	7,9	57,9	57,4	59,0	61,9
Belgien	7,4	6,6	6,9	7,7	59,0	58,3	61,5	61,9
Österreich	1,1	3,1	3,7	4,1	79,0	74,5	76,2	75,8
Liberales Modell	6,8	10,2	4,9	4,7	64,6	63,1	69,2	70,3
Irland	8,0	13,4	4,3	4,6	59,8	54,6	66,5	67,7
Großbritannien	5,6	6,9	5,4	4,7	69,4	71,6	71,9	72,8
Mediterranes Modell	6,3	8,1	8,9	9,3	59,6	58,8	60,3	61,6
Griechenland	2,7	6,4	11,3	10,5	52,8	53,2	52,5	54,5
Portugal	7,6	4,8	4,1	7,0	73,8	70,0	71,1	70,7
Spanien	8,5	13,1	11,3	10,4	52,3	53,2	57,3	59,7
Liberales Überseemodell	5,6	7,1	5,8	5,5	66,4	68,0	69,7	70,3
USA	7,1	5,5	4,0	5,2	71,0	77,8	79,6	76,1
Kanada	7,5	8,1	6,8	7,0	67,0	71,2	72,6	74,4
Australien	5,9	7,0	6,2	5,5	67,3	69,2	70,9	71,8
Neuseeland	2,0	7,8	6,0	4,2	60,1	53,7	55,7	58,9
EU 15	5,6	7,5	7,6	8,0	64,3	64,3	65,8	66,7
Japan	2,0	2,1	4,7	4,3	74,4	74,6	77,3	77,1
Tschechien	.	.	8,7	8,3	.	.	67,2	66,8
Ungarn	.	.	6,3	6,3	.	.	55,3	56,2
EU 15/USA	0,80	1,36	1,90	1,54	0,91	0,83	0,83	0,88

Q: Eurostat (AMECO);

Bei Sub-Aggregaten ungewichteter Länderdurchschnitt; EU 15 gemeldet (gewichtet).

Laut österreichischer Rechnung beträgt die Arbeitslosenquote 2005 für Österreich 7,2 % (AMS), die Beschäftigungsquote 62,8 % (aktive Beschäftigung).

Teilzeitbeschäftigung wird zum Teil als Flexibilitätsindikator am Arbeitsmarkt verstanden, ist aber auch von der Arbeitsmarktlage abhängig, teilweise erfüllt sie auch den bewussten Wunsch nach Veränderung der Erwerbstätigkeit über den Lebenszyklus. Entsprechend unterschiedlich ist ihre Entwicklung: In den skandinavischen Ländern ist die Teilzeitbeschäftigungsquote relativ hoch und bleibt seit Ende der siebziger Jahre relativ stabil bei knapp unter 20 %. Sie ist in Dänemark, Schweden und in Norwegen rückläufig, nimmt aber in Finnland und den Niederlanden zu. In korporatistischen und liberalen Ländern wurde die Teilzeitquote mehr als verdoppelt, kommt dem Anteil in den skandinavischen Ländern nahe oder überschreitet sie (Deutschland, Großbritannien). In den USA ist die Teilzeitquote leicht rückläufig. Teilzeitbeschäftigt sind überwiegend Frauen, allerdings erhöht sich der Anteil der Männer in allen Modellen. Im EU 15-Durchschnitt beträgt die Teilzeitquote der Männer ¼ jener der Frauen, in den USA 43 % und in einigen skandinavischen Ländern (Dänemark, Finnland) um 50 %.

Übersicht 6a: Teilzeitbeschäftigung und Arbeitsmarktprogramme

	Teilzeitbeschäftigung			Männer relativ zu Frauen			Personen in Arbeitsmarktprogrammen				Gesamt
	1979	1990	2004	1979	1990	2004	Training	Jugend	Subventionierte Arbeitsplätze	Erwerbsunfähig	
	In % der Vollzeitbeschäftigung						In % der Labour Force 2002				
Skandinavisches Modell	19,4	18,3	19,9	0,15	0,26	0,35	5,26	1,15	1,26	1,63	9,30
Dänemark	22,7	19,2	17,5	0,11	0,34	0,48	15,90	1,83	0,82	2,58	21,13
Finnland	6,7	7,6	11,3	0,30	0,45	0,53	2,95	2,11	1,73	0,83	7,62
Niederlande	16,6	28,2	35,0	0,13	0,26	0,25	3,97	0,68	1,55	1,00	7,20
Schweden	23,6	14,5	14,4	0,12	0,22	0,41	2,50	0,61	1,95	0,99	6,05
Norwegen	27,3	21,8	21,1	0,21	0,17	0,31	0,99	0,51	0,24	2,74	4,48
Korporatisches Modell	7,7	11,4	16,4	0,10	0,14	0,18	4,29	1,53	2,67	0,47	8,96
Deutschland	11,4	13,4	20,1	0,05	0,08	0,17	1,24	1,01	0,97	0,38	3,60
Frankreich	8,1	12,2	13,4	0,14	0,20	0,20	2,27	2,69	2,45	0,55	7,96
Italien	5,3	8,8	14,9	0,28	0,22	0,20	0,10	3,12	4,52	.	7,74
Belgien	6,0	13,5	18,3	0,06	0,15	0,18	13,43	0,74	4,72	.	18,89
Österreich	7,6	9,0	15,5	0,08	0,08	0,13	4,42	0,10	0,67	.	5,19
Liberales Modell	10,8	15,1	21,4	0,08	0,16	0,22	0,31	1,73	5,00	0,17	7,21
Irland	5,1	10,0	18,7	0,16	0,21	0,20	.	1,73	5,00	.	6,73
Großbritannien	16,4	20,1	24,1	0,05	0,13	0,25	0,31	.	.	0,17	0,48
Mediterranes Modell	7,8	6,3	8,0	0,15	0,26	0,27	9,34	0,79	2,22	0,15	12,50
Griechenland	.	6,7	6,0	.	0,34	0,28	2,09	0,38	0,54	0,02	3,03
Portugal	7,8	7,6	9,6	0,15	0,30	0,41	14,96	0,00	1,07	0,16	16,19
Spanien	.	4,6	8,3	.	0,12	0,15	10,98	1,98	5,06	0,27	18,29
Liberales Überseemodell	14,7	18,4	20,2	0,22	0,31	0,37	1,38	2,27	0,82	1,07	5,54
USA	16,4	14,1	13,2	0,34	0,43	0,43	0,94	0,44	0,35	.	1,73
Kanada	12,5	17,0	18,5	0,25	0,34	0,40	1,15	0,39	0,29	.	1,83
Australien	15,9	22,6	27,1	0,15	0,29	0,39	0,85	2,98	1,52	0,83	6,18
Neuseeland	13,9	19,7	22,0	0,17	0,23	0,30	2,57	5,28	1,11	1,31	10,27
EU 15	11,0	12,2	16,1	0,11	0,20	0,24	5,78	1,42	2,39	0,70	10,28
Japan	15,4	19,2	25,5	0,27	0,28	0,34
Tschechien	.	.	3,1	.	.	0,29	0,70	0,15	0,59	0,02	1,46
Ungarn	.	.	3,6	.	.	0,43	1,17	.	6,71	.	7,88
EU 15/USA	0,67	0,87	1,22	0,33	0,47	0,55	6,15	3,22	6,82	.	5,94

Q: ifo (DICE);

Bei Sub-Aggregaten ungewichteter Länderdurchschnitt; EU 15 ungewichteter Länderdurchschnitt.

Übersicht 6b: Teilzeitbeschäftigung nach Gründen; 2001

	Keine Vollzeitbeschäftigung gefunden	Keine Vollzeitbeschäftigung gewünscht	Im allgemeinen ohne berufsbezogene Ausbildung	Krankheit/ Behinderung	Andere Gründe	Keine Angaben	Betreuung von Kindern/ Erwachsenen
Skandinavisches Modell	16,3	49,6	21,5	4,0	4,5	7,8	6,2
Dänemark	13,6	50,9	31,9	3,1	.	.	.
Finnland	32,8	25,5	26,6	3,1	4,9	.	6,7
Niederlande	2,5	68,8	13,2	1,2	0,9	7,7	5,6
Schweden	23,2	47,6	12,5	8,4	7,8	.	.
Norwegen	9,3	55,3	23,2	4,3	.	7,9	.
Korporatisches Modell	20,3	26,4	5,3	2,6	32,3	6,1	39,1
Deutschland	11,9	18,3	7,7	2,8	.	4,0	55,2
Frankreich	25,0	62,4	7,5	5,0	.	.	.
Italien	33,8	26,3	3,7	1,5	26,5	8,2	.
Belgien	20,0	8,3	1,8	2,4	44,6	.	22,9
Österreich	10,8	16,7	5,9	1,4	25,9	.	39,2
Liberales Modell	11,6	39,9	16,8	2,0	19,2	1,5	37,5
Irland	14,2	63,3	18,1	1,8	.	2,5	.
Großbritannien	9,0	16,4	15,4	2,1	19,2	0,5	37,5
Mediterranes Modell	27,9	21,0	5,9	8,0	30,2	1,3	9,2
Griechenland	46,5	31,1	5,1	2,9	12,6	1,7	.
Portugal	15,9	22,3	5,3	20,3	27,1	.	9,1
Spanien	21,2	9,7	7,2	0,9	50,9	0,9	9,2
Liberales Überseemodell
USA
Kanada
Australien
Neuseeland
EU 15	19,2	34,6	11,2	4,1	21,5	4,0	21,8

Q: ifo (DICE);

Bei Sub-Aggregaten ungewichteter Länderdurchschnitt; EU 15 ungewichteter Länderdurchschnitt.

Von aktiven Arbeitsmarktprogrammen werden im europäischen Durchschnitt (EU 15) rund 10 % des Arbeitskräfteangebots erfasst, in den USA 1,7 %. Die größte Bedeutung haben Trainingsprogramme in Dänemark, in Belgien, in Portugal und in Spanien. In Spanien und Belgien kommen dazu noch subventionierte Jobs. In Irland bilden Subventionen das umfangreichste Arbeitsmarktprogramm.

Der gewerkschaftliche Organisationsgrad liegt im europäischen Durchschnitt bei knapp 40 % und in den USA bei 13 %. Die größte Organisationsdichte weisen mit 61 % die skandinavischen Länder aus; in Schweden sind 80 % der Arbeitnehmer organisiert, in Dänemark und in Finnland drei Viertel. Dieser Organisationsgrad ist relativ stabil über die letzten Jahrzehnte und liegt zu einem großen Teil in den wichtigen Serviceaufgaben begründet, die dort die Gewerkschaften innehaben (z. B. die Arbeitslosenversicherung). In den skandinavischen Ländern ist der Organisationsgrad stabil, sinkt aber in allen übrigen Ländergruppen.

Übersicht 7: Arbeitsbeziehungen

	Gewerkschaftlicher Organisationsgrad				Betriebliche Weiterbildung		Reichweite der Kollektivverträge		
	1970	1980	1990	2000	Teilnahmerate	Volumen	1980	1990	2000
						1999			
Skandinavisches Modell	55	64	62	61	51	18	76	76	82
Dänemark	60	79	75	74	53	22	70	70	80
Finnland	51	69	72	76	50	18	90	90	90
Niederlande	37	35	25	23	41	15	70	70	80
Schweden	68	80	80	79	61	18	80	80	90
Norwegen	57	58	59	54	.	16	70	70	70
Korporalistisches Modell	39	43	36	33	35	11	85	87	85
Deutschland	32	35	31	25	32	9	80	80	68
Frankreich	22	18	10	10	46	17	80	90	90
Italien	37	50	39	35	26	8	80	80	80
Belgien	41	54	54	56	41	13	90	90	90
Österreich	63	57	47	37	31	9	95	95	95
Liberales Modell	49	54	45	35	45	15	70	40	30
Irland	53	57	51	38	41	17	.	.	.
Großbritannien	45	51	39	31	49	13	70	40	30
Mediterranes Modell	.	36	25	22	19	8	65	70	80
Griechenland	.	39	32	27	15	6	.	.	.
Portugal	.	61	32	24	17	7	70	70	80
Spanien	.	7	11	15	25	11	60	70	80
Liberales Überseemodell	40	44	35	22	.	.	51	49	38
USA	27	22	15	13	.	.	26	18	14
Kanada	32	35	33	28	.	.	37	38	32
Australien	44	48	40	25	.	.	80	80	80
Neuseeland	56	69	51	23	.	.	60	60	25
EU 15	46	50	43	39	38	13	78	77	78
Japan	35	31	25	22	.	.	25	20	15
Tschechien	.	.	46	27	.	10	.	.	25
Ungarn	.	.	63	20	12	5	.	.	30
EU 15/USA	1,72	2,25	2,88	2,99	.	.	3,00	4,28	5,57

Q: ifo (DICE);

Bei Sub-Aggregaten ungewichteter Länderdurchschnitt; EU 15 ungewichteter Länderdurchschnitt.

In Europa (auch in Australien) werden die Löhne von rund 80 % der Arbeitnehmer im Rahmen von Kollektivvertragsverhandlungen vereinbart, in den USA nur von 14 %, in Großbritannien 30 % (für Irland liegen keine Zahlen vor). Allerdings klaffen die skandinavischen Länder und Länder des liberalen europäischen Modells im Jahr 2000 stärker auseinander als 1990. Die Reichweite der Kollektivverträge ist außerhalb Europas fallend, in allen Modellen in Europa stabil oder steigend.

Die Höhe und Entwicklung der Sozialausgaben

Neben den Unterschieden in den regulierenden Eingriffen bildet das Niveau der Sozialausgaben einen wichtigen Indikator der Sozialstaatlichkeit. Die skandinavischen und die korporatistischen Länder mit universellen sozialen Sicherungssystemen weisen gemessen an den gesamten (öffentlichen und privaten) Sozialausgaben am Bruttoinlandsprodukt die höchsten Sozialquoten (zwischen 25 % und 31 %; vgl. Übersicht 8) aus. Der Unterschied zwischen den skandinavischen Ländern und den korporatistischen, der 1990 knapp 3 Prozentpunkte betragen hatte, ist heute nicht mehr gegeben. Die OECD-Statistik (Annex 1) erfasst nur die öffentlichen Sozialausgaben. In Dänemark und Finnland blieb die öffentliche Sozialquote konstant, in Schweden und in den Niederlanden ist sie gesunken; vor allem in Dänemark und Finnland stieg die private Sozialquote. Die skandinavischen Länder haben heute eine öffentliche Sozialquote, die niedriger ist als 1990 (besonders die Niederlande und Schweden), die korporatistischen eine höhere (alle fünf Länder). In den liberalen und mediterranen Ländern belaufen sich die Sozialausgaben auf 15 % (Irland) bis 26,6 % (Großbritannien). In den USA liegt der Anteil der öffentlichen Sozialausgaben lt. OECD bei 15 %, der der Gesamtausgaben nach EU-Schätzung bei 25½ % (Annex 1).

Übersicht 8: Sozialausgaben (öffentlich und privat)

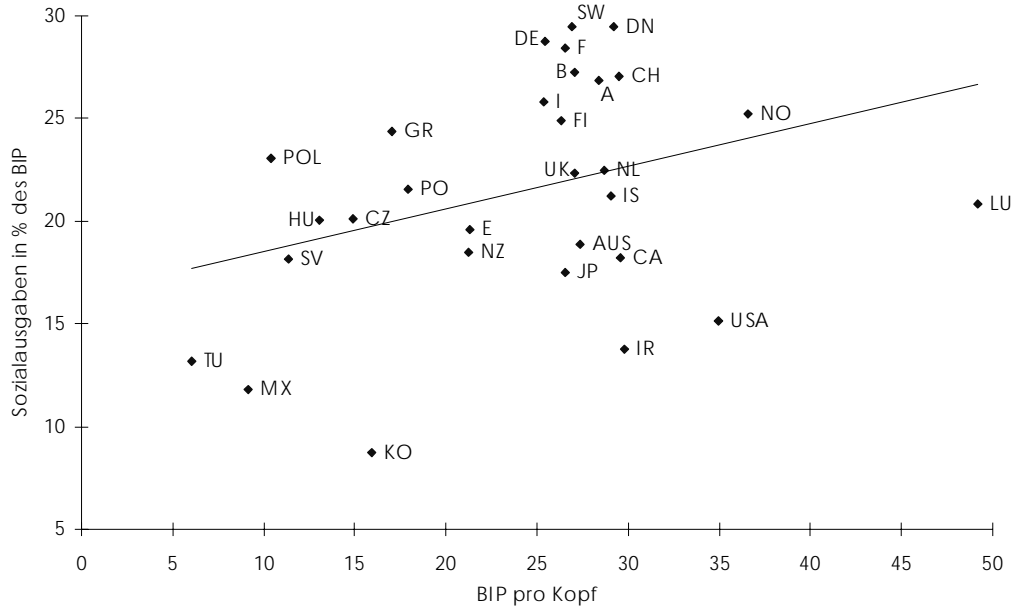
	Sozialausgaben insgesamt		Altersversorgung		Hinterbliebene		Invalidität		Krankheit		Familie		Arbeitslosigkeit		Wohnung	
	1990	2002	1990	2002	1990	2002	1990	2002	1990	2002	1990	2002	1990	2002	1990	2002
	In % des Bruttoinlandsprodukts															
Skandinavisches Modell	27,8	27,7	9,0	9,6	0,9	0,9	4,0	3,8	7,4	7,6	3,1	2,8	2,3	1,8	0,4	0,4
Dänemark	27,9	29,1	10,2	11,0	.	.	2,8	3,7	5,6	6,1	3,3	3,9	4,3	2,7	0,7	0,7
Finnland	24,2	25,6	7,2	8,4	1,0	1,0	3,8	3,4	6,9	6,4	3,3	3,0	1,5	2,5	0,2	0,3
Niederlande	29,6	26,7	9,5	9,5	1,6	1,5	4,9	3,0	8,4	8,3	1,7	1,2	2,5	1,4	0,3	0,4
Schweden	31,6	31,3	10,5	11,7	0,7	0,7	4,2	4,3	8,6	8,6	4,6	3,0	1,4	1,7	0,7	0,6
Norwegen	25,6	25,8	7,7	7,4	0,4	0,4	4,1	4,6	7,7	8,8	2,8	3,1	1,8	0,7	0,2	0,2
Korporatistisches Modell	25,1	27,6	9,7	11,2	2,1	2,0	1,7	2,0	7,1	7,4	2,1	2,4	1,8	2,0	0,2	0,2
Deutschland	24,4	29,4	10,6	12,0	0,6	0,5	1,5	2,3	7,8	8,3	1,8	3,1	1,5	2,5	0,2	0,2
Frankreich	26,5	29,0	9,6	10,6	1,8	1,9	1,7	1,7	7,5	8,6	2,7	2,7	2,3	2,2	0,8	0,9
Italien	23,7	25,1	11,2	12,9	2,4	2,6	1,7	1,5	6,6	6,5	1,0	1,0	0,6	0,4	.	.
Belgien	25,1	26,2	7,6	8,8	2,9	2,6	1,9	2,4	6,6	6,3	2,3	2,2	3,4	3,2	.	.
Österreich	25,7	28,3	9,6	11,5	2,9	2,5	1,8	2,1	7,2	7,1	2,6	3,0	1,2	1,5	0,1	0,1
Liberales Modell	19,8	21,0	6,6	7,1	1,1	0,9	1,4	1,7	5,7	6,9	2,0	2,1	2,0	1,1	1,0	1,0
Irland	17,6	15,4	4,2	2,8	1,2	0,8	0,8	0,8	6,0	6,4	2,0	2,4	2,6	1,3	0,6	0,5
Großbritannien	21,9	26,6	9,0	11,3	0,9	1,0	2,0	2,5	5,3	7,3	2,0	1,8	1,3	0,9	1,3	1,5
Mediterranes Modell	18,5	22,8	7,7	9,7	0,8	1,0	1,7	1,8	5,4	6,6	0,9	1,1	1,6	1,7	0,3	0,4
Griechenland	21,5	25,9	10,9	12,2	0,6	0,9	1,5	1,3	5,3	6,8	1,6	1,8	0,9	1,6	0,5	0,6
Portugal	14,6	22,9	4,7	8,6	1,0	1,6	2,2	2,6	5,2	7,1	0,9	1,1	0,4	0,9	.	.
Spanien	19,4	19,7	7,4	8,3	0,9	0,6	1,5	1,5	5,6	5,9	0,3	0,5	3,5	2,7	0,1	0,2
Liberales Überseemodell	23,6	25,6	8,7	9,7	1,3	1,4	2,3	2,4	6,5	7,0	2,2	2,3	1,9	1,8	0,4	0,4
USA	23,6	25,6	8,7	9,7	1,3	1,4	2,3	2,4	6,5	7,0	2,2	2,3	1,9	1,8	0,4	0,4
Kanada
Australien
Neuseeland
EU 15	24,4	26,9	9,7	11,0	1,3	1,3	2,0	2,2	6,8	7,5	1,9	2,2	1,8	1,8	0,5	0,6
Japan
Tschechien	.	19,9	.	8,1	.	0,1	.	1,7	.	7,0	.	1,6	.	0,7	.	0,1
Ungarn	.	20,4	.	8,5	.	0,3	.	2,1	.	5,7	.	2,6	.	0,6	.	0,5
EU 15/USA	1,03	1,05	1,11	1,13	1,01	0,94	0,86	0,91	1,04	1,07	0,88	0,96	0,96	1,03	1,37	1,45

Q: Eurostat (ESSOSS);

Bei Sub-Aggregaten ungewichteter Länderdurchschnitt; EU 15 gemeldet (gewichtet).

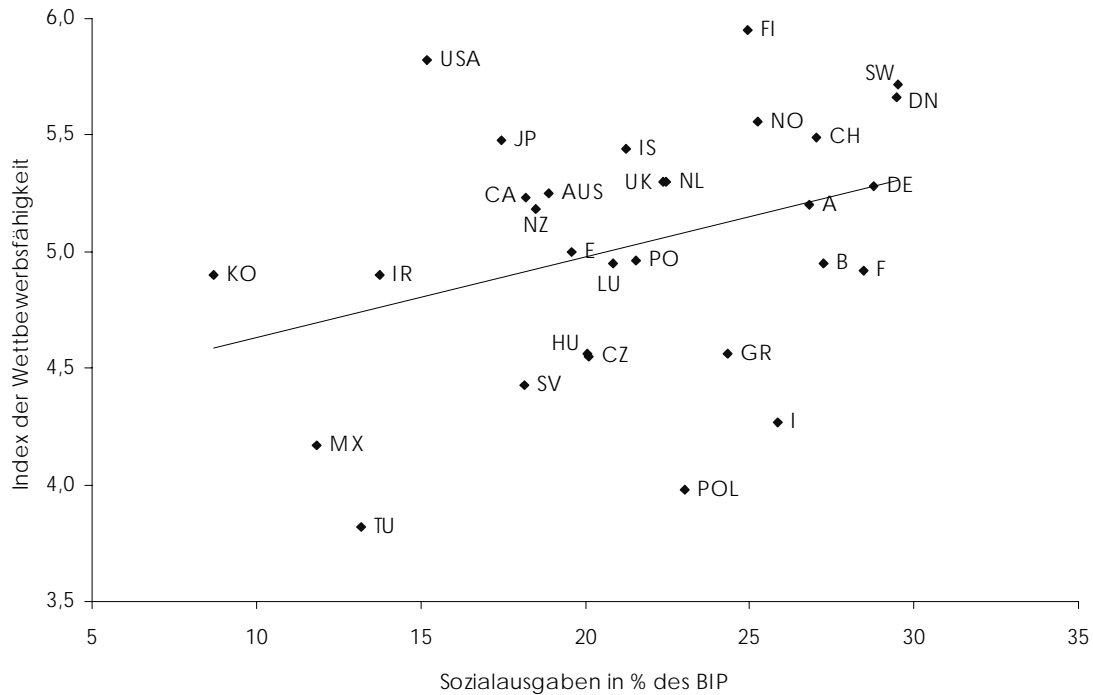
Die Höhe der Sozialausgaben wird vielfach als Hindernis für Effizienz und Wachstum oder als Beeinträchtigung der Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft gesehen, da ihre Finanzierung mit hoher Beitrags- bzw. Steuerlast einhergeht und damit die Effizienz und Leistungsbereitschaft einer Volkswirtschaft belastet.

Abbildung 1: Öffentliche Sozialquoten und Bruttoinlandsprodukt pro Kopf



Q: OECD (2004) National Accounts of OECD countries, Main aggregates, Volume 1, Paris; OECD (2003) OECD Social Expenditure Database, 1980-2001, OECD, Paris.

Abbildung 2: Öffentliche Sozialausgaben und Wettbewerbsfähigkeit



Q: OECD, Social Expenditure Database; World Economic Forum, Global Competitiveness Report 2004-2005.

Ein einfaches Streudiagramm der Länder nach ihren öffentlichen Sozialquoten und Bruttoinlandsprodukt pro Kopf zeigt keinen negativen, sondern sogar einen leicht positiven Zusammenhang zwischen der Höhe des Pro-Kopf-Einkommens und der Sozialquote. Die Länder mit hohen Sozialausgaben weisen auch nach dem Wettbewerbsindikator des World Economic Forums eher hohe Wettbewerbspositionen aus. (Abbildung 2; vgl. auch Breuss, 2002). Allerdings kann in einem Streudiagramm keine Kausalitätsrichtung ermittelt werden.

Übersicht 9: Einkommensersatz und Umverteilung

	Arbeitslosenversicherung			Alterssicherung			Umverteilung durch Steuern und Transfers Rückgang des Gini-Koeffizienten in %
	Nettoeinkommensersatzraten 2002 In %	Dauer des Bezugs		Nettoeinkommensersatzraten 2002 In %	Pensionsantrittsalter 2002		
		Regulär (teils abhängig von Beschäftigungsdauer und Alter)	Sonderregelung, z. B. für Ältere		Männer	Frauen	
Skandinavisches Modell	68.2			70.1	62.9	61.1	0.31
Dänemark	59.0	1 Jahr	3 Jahre	54.1	65.3	62.1	0.37
Finnland	64.0	500 Kalendertage		78.8	60.8	59.8	0.30
Niederlande	71.0	6 Monate		84.1	61.0	59.1	0.24
Schweden	81.0	300 Tage	450 Tage	68.2	63.5	62.0	0.35
Norwegen	66.0	156 Wochen		65.1	63.7	62.3	0.28
Korporatistisches Modell	61.0			77.1	59.9	59.2	
Deutschland	61.0	6 - 32 Monate		71.8	60.9	60.2	0.30
Frankreich	71.0	4 - 60 Monate		68.8	59.3	59.4	0.32
Italien	52.0	180 Tage		88.8	61.2	60.5	0.24
Belgien	66.0	Unbegrenzt		63.1	58.5	56.8	
Österreich	55.0	20 - 52 Wochen		93.2	59.6	58.9	
Liberales Modell	37.0			42.1	64.2	63.7	0.23
Irland	29.0	390 Tage		36.6	65.2	66.2	0.22
Großbritannien	45.0	182 Tage		47.6	63.1	61.2	0.25
Mediterranes Modell	64.7			89.3	63.3	61.9	
Griechenland	46.0	5 - 12 Monate	12 Monate	99.9	62.4	60.9	
Portugal	78.0	12 - 30 Monate		79.8	65.8	63.5	0.18
Spanien	70.0	4 Monate - 2 Jahre		88.3	61.6	61.3	
Liberales Überseemodell	47.3			50.0	63.9	61.6	0.22
USA	56.0	26 Wochen	Plus 13 Wochen	51.0	65.0	62.9	0.15
Kanada	64.0	45 Wochen		57.1	63.1	61.4	0.23
Australien	32.0	26 Wochen		52.4	63.2	60.7	0.28
Neuseeland	37.0			39.5	64.3	61.3	0.22
EU 15	62.2			75.5	61.9	60.8	
Japan	63.0	90 - 150 Tage	Plus bis 210 Tage	59.1	69.6	65.7	0.13
Tschechien	50.0	6 Monate		58.2	62.0	58.3	0.36
Ungarn	44.0	270 Kalendertage		90.5	57.8	56.0	
EU 15/USA	1.11			1.48	0.95	0.97	

Q: OECD, Benefits and Wages, Society at a Glance, Pension Policies at a Glance, Förster & Mira d'Ercole (2005); EU, MISSOC; bei Aggregaten ungewichteter Länderdurchschnitt.

Risikoabsicherung gegen Arbeitslosigkeit und Altersversorgung

Ein Hauptziel der Sozialpolitik bildet die Absicherung gegen die Risiken Arbeitslosigkeit, Krankheit, Alter und Armut. In den Übersichten 9 und 10 werden die Bedeutung einiger Instrumente und einige Indikatoren ihrer Effektivität dargestellt.

Die Arbeitslosen- und die Pensionsversicherung bilden in allen Sozialsystemen ein zentrales Element des sozialen Schutzes, wobei der Einkommensersatz und die Bezugsdauer sowohl für die Effektivität der Schutzfunktion als auch die Anreizwirkungen am Arbeitsmarkt von entscheidender Bedeutung sind.

In der Arbeitslosenversicherung ist in Europa in der Regel die Nettoeinkommensersatzrate höher (EU 15: 62,2 %, USA: 56 %) und die Bezugsdauer länger als in den USA. Ausnahmen bilden Irland, Italien, Großbritannien, Österreich und Griechenland: In Irland beträgt der

reguläre Einkommensersatz nur knapp 30 %, in Großbritannien 45 %, in Griechenland 46 %, in Italien 52 % und in Österreich (ohne Familienzuschläge) 55 %. Die Bezugsdauer liegt in diesen Ländern im europäischen Durchschnitt oder knapp darunter.

Am großzügigsten ist der Einkommensersatz im Falle der Arbeitslosigkeit in den skandinavischen Ländern mit durchschnittlich 68 % und Schweden an der Spitze (81 %). In Schweden und Finnland ist auch die Bezugsdauer lang und bildet für ältere Arbeitnehmer ein Instrument des Übergangs in die Altersrente. Für Personen im Haupterwerbsalter geht allerdings der hohe Einkommensersatz mit effizienter Vermittlung und Weiterbildungsverpflichtung einher.

In den korporatistischen Ländern liegt die Einkommensersatzrate im Durchschnitt bei 61 %, allerdings mit großen Unterschieden: 71 % in Frankreich und 52 % in Italien. In den liberalen Staaten Europas ist der Einkommensersatz niedriger als in den USA.

Die Alterssicherung ist in den korporatistischen Ländern Europas am großzügigsten. Die Einkommensersatzraten sind mit durchschnittlich 77 % wohl niedriger als in mediterranen Ländern, aber der Pensionsbezug ist deutlich länger: Das tatsächliche Pensionsantrittsalter liegt für Männer bei knapp 60 und Frauen gut 59 Jahren; im europäischen Durchschnitt bei knapp 62 bzw. 61 Jahren, in den USA für Männer bei 65 und Frauen bei knapp 63 Jahren. Problemen am Arbeitsmarkt wird in diesen Ländern häufig mit frühem Pensionsantritt begegnet.

Gemessen an der Einkommensersatzrate ist die Absicherung im Alter in den mediterranen Ländern (und in Österreich) mit Abstand am großzügigsten: Sie beläuft sich im Durchschnitt auf fast 90 %; trotzdem ist die Armutsrate für Ältere in diesen Ländern sehr hoch. Das durchschnittliche Pensionsantrittsalter liegt aber mit 63,3 für Männer und knapp 62 für Frauen gut 1 Jahr über dem europäischen Durchschnitt.

In den skandinavischen Ländern sind die Alterssicherungssysteme sehr unterschiedlich, Dänemark weist mit 54 % niedrige Ersatzraten und späten Pensionsantritt (65/62) aus, während in den Niederlanden der Einkommensersatz hoch (84 %) und das Antrittsalter (61/59) niedrig liegt. Im Durchschnitt ist der Einkommensersatz im Alter geringer und das Pensionsantrittsalter höher als im europäischen Durchschnitt. Diese Länder weisen auch eine sehr hohe Erwerbsbeteiligung in der Altersgruppe der über 60-jährigen Bevölkerung aus. Beschäftigungsprobleme im Alter schlagen sich in der Arbeitslosenrate und nicht in der Pensionsversicherung nieder.

Mit Irland findet sich in den liberalen Ländern Europas das Land mit den niedrigsten Einkommensersatzraten (36,6 %) und dem spätesten Pensionsantritt: 65,2 Jahre für Männer und 66,2 Jahre für Frauen. Irland weist mit 35,5 % auch die höchsten Armutsraten im Alter aus.

Umverteilung durch Steuern und Transfers

Ein Ziel der Sozialpolitik, dem vor allem in den skandinavischen Ländern große Bedeutung beigemessen wird, bildet die Umverteilung, das ist der Versuch, die Ungleichheit der Markteinkommen zu verringern. Die letzte Spalte in Übersicht 9 stellt das Ausmaß der Verringerung der Ungleichheit der Einkommensverteilung durch Steuern und Transfers dar und

wird an der relativen Differenz der Gini-Koeffizienten der Markteinkommen und der nach Steuern verfügbaren Einkommen gemessen (Förster, 2005).

Das Ausmaß der Umverteilung hängt eng mit der Höhe der Sozialausgaben zusammen, ihre Umverteilungswirkung ist größer als jene der Staatseinnahmen (Guger, 2005). Am größten ist die Umverteilungswirkung in Dänemark und Schweden: Der Gini-Koeffizient wird durch Steuern und Transfers in Dänemark um 37 % und in Schweden um 35 % reduziert. Im Durchschnitt der skandinavischen Länder um 31 %, auch in Frankreich und Deutschland um 30 %, in Italien um 24 %. Trotz vorwiegend universeller Transfers in den skandinavischen und korporatistischen Ländern ist die Umverteilungseffizienz in diesen Ländern größer als in den Ländern mit liberaler Sozialstaatsorganisation, wo die Transfers treffsicherer – vorwiegend nach Bedürftigkeit (means-tested) – gestaltet sind: In Irland sinkt das Gini-Maß um 22 % und in England um 25 %, in den USA um 15 %.

Insgesamt ist nach Umverteilung durch Steuern und Transfers die Verteilung der verfügbaren Einkommen in den skandinavischen Ländern am egalitärsten, der Gini-Koeffizient (multipliziert mit 100) lag im Jahr 2000 im Durchschnitt dieser Länder bei 24,8, in den korporatistischen Ländern bei 28,4, in den liberalen Ländern Europas bei 31,5 und in den mediterranen Ländern bei 33,5. Im Europäischen Durchschnitt weist der Gini-Koeffizient einen Wert von 28,6 in den USA von 35,7 aus.

Lebenserwartung und Armut

Die Lebenserwartung und die Kindersterblichkeit bilden grobe Indikatoren einerseits für die gesundheitlichen Folgen der Lebensbedingungen in einem Land und andererseits für die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung: Die durchschnittliche Lebenserwartung lag 2003 bei 78,6 Jahren in den EU 15. In Spanien, Schweden, Norwegen, Italien und Frankreich lag sie mit rund 80 Jahren deutlich darüber, in Irland, Dänemark und Portugal liegt sie unter 78 Jahren. Mit 77,2 Jahren liegt in den USA die Lebenserwartung bei der Geburt 1,4 Jahre unter dem EU-Schnitt, drei Jahre niedriger als in Schweden und gleich hoch wie in Dänemark.

Auch die Kindersterblichkeit liegt in Europa mit 4,3 Kinder je 1.000 Lebendgeburten deutlich unter jener in den USA (7,0). Mit 3,8 ist sie in den skandinavischen Ländern am niedrigsten (Schweden und Finnland 3,1), in den korporatistischen Ländern beträgt sie 4,2 und in den mediterranen 4,3. Mit 5,1 in Irland und 5,3 in Großbritannien liegt die Kindersterblichkeit deutlich über dem europäischen Durchschnitt.

Nimmt man nur die steuerliche Förderung und die monetären Transfers als Maßstab für die familienpolitischen Aktivitäten des Staates, so verteilen die korporatistischen Länder am stärksten von kinderlosen zu kinderbeutreuenden Haushalten um: Auf dem Verdienstniveau eines durchschnittlichen Industriearbeiters ist durch die familienpolitische Umverteilungspolitik das verfügbare Einkommen eines Alleinverdieners mit zwei Kindern um 19 % höher als das eines Singles bei gleichem Bruttoeinkommen; am stärksten in Belgien (24 %), Deutschland (22 %) und Österreich (21 %). Im Durchschnitt der liberalen Länder beträgt der Unterschied 17 %, in den korporatistischen Ländern 19 % und in den skandinavischen 10,2 %, in den USA 14,2 %. In den skandinavischen Ländern (aber auch in Frankreich) spielen allerdings in der

Sozialpolitik soziale Dienste – wie ein breites und qualitativ hochwertiges Betreuungsangebot - eine größere Rolle, um die Unterbrechung des Erwerblebens kurz zu halten.

Übersicht 10: Sozialindikatoren: Gesundheit, Familie, Armut, Einkommensverteilung

	Lebenserwartung bei Geburt in Jahren (2003)			Kindersterblichkeit 2003 Je 1.000 Geburten	Nettolohn Differenz in % des Bruttobezugs Alleinverdiener ohne Kind/2 Kinder	Armutsraten 2000 In %		Ungleichheit der verfügbaren Einkommen	
	Frauen	Männer	Insgesamt			Insgesamt	65 und älter	Gini	P90/P10 ¹⁾
Skandinavisches Modell	81.3	76.2	78.8	3.8	10.2	5.7	7.7	24.8	2.9
Dänemark	79.5	74.9	77.2	4.4	11.7	4.3	6.1	22.5	2.7
Finnland	81.8	75.1	78.5	3.1	8.6	6.4	10.4	26.1	3.1
Niederlande	80.9	76.2	78.6	4.8	10.7	6.0	1.6	25.1	3.0
Schweden	82.4	77.9	80.2	3.1	9.1	5.3	7.8	24.3	2.8
Norwegen	81.9	77.0	79.5	3.4	10.3	6.3	12.4	26.1	2.8
Korporatistisches Modell	82.0	75.8	78.9	4.2	19.0	9.8	10.9	28.4	3.6
Deutschland	81.3	75.5	78.4	4.2	22.4	9.8	8.5	27.7	3.5
Frankreich	82.9	75.8	79.4	3.9	11.6	7.0	10.5	27.3	3.4
Italien	82.9	76.9	79.9	4.3	12.6	12.9	15.3	34.7	4.6
Belgien	81.1	75.1	78.1	4.3	24.2			27.2	3.2
Österreich	81.6	75.6	78.6	4.5	20.8	9.3	9.2	25.2	3.3
Liberales Modell	80.5	75.7	78.2	5.2	17.0	13.4	25.0	31.5	4.3
Irland	80.3	75.2	77.8	5.1	19.8	15.4	35.5	30.4	4.4
Großbritannien	80.7	76.2	78.5	5.3	14.6	11.4	14.4	32.6	4.2
Mediterranes Modell	81.7	75.5	78.6	4.3	11.4	13.6	26.8	33.5	4.6
Griechenland	80.7	75.4	78.1	4.8	13.9	13.5	24.3	34.5	4.8
Portugal	80.6	74.0	77.3	4.1	12.6	13.7	29.2	35.6	5.0
Spanien	83.7	77.2	80.5	4.1	8.4			30.3	4.1
Liberales Überseemodell	81.5	76.5	79.0	5.7	9.5	12.3	13.2	32.5	4.4
USA	79.9	74.5	77.2	7.0	14.2	17.1	24.6	35.7	5.4
Kanada	82.1	77.2	79.7	5.4	10.3	10.3	4.3	30.1	3.8
Australien	82.8	77.8	80.3	4.8	11.5	11.2	23.6	30.5	4.1
Neuseeland	81.1	76.3	78.7	5.6	0.0	10.4	0.4	33.7	4.4
EU 15	81.5	75.7	78.6	4.3	15.5	9.3	13.8	28.6	3.7
Japan	85.3	78.4	81.8	3.0	3.2	15.3	21.1	31.4	4.9
Tschechien	78.5	72.0	75.3	3.9	19.0	4.3	2.1	26.0	3.0
Ungarn	76.5	68.3	72.4	7.3	19.8	8.2	5.2	29.3	3.6
EU 15/USA	1.02	1.02	1.02	0.62	1.10	0.54	0.56	0.80	0.68

Q: OECD, Taxing Wages 2003-2004, Förster & Mira d'Ercole (2005); Eurostat, NewChronos database; bei Aggregaten ungewichteter Länderdurchschnitt.– 1) Dezilabstand 9. Dezil/1. Dezil.

Das wichtigste Ziel der Sozialpolitik besteht in der Bekämpfung der Armut. Diesem Ziel wird auch im liberalen Sozialstaatmodell, das die staatliche Intervention möglichst niedrig halten will, große Bedeutung zugemessen. In diesen Ländern werden daher die Sozialleistungen möglichst selektiv bzw. treffsicher zur Armutsbekämpfung eingesetzt.

In den Armutsraten spiegelt sich im Großen und Ganzen das Ausmaß der Ungleichheit in der Einkommensverteilung. In den USA sind 17 % der Bevölkerung und fast ¼ der über 65-Jährigen von Armut bedroht, in Europa (EU 15) 9,3 % und 13,8 % der Älteren. In den skandinavischen Ländern sind die Armutsraten mit 5,7 % bzw. 7,7 % für Ältere am niedrigsten. Hier wirkt sich die universelle und relativ hohe Mindestsicherung sowohl in der Arbeitslosen- als auch in der Alterssicherung und in der sozialen Fürsorge stark armutsvermindernd aus. In den korporatistischen Ländern ist das Bild sehr uneinheitlich: Italien weist sowohl insgesamt als auch für Ältere hohe Armutsraten aus. Trotz "Targeting" sind Armutsraten in den liberalen Ländern hoch – in Irland bei weitem am höchsten.⁹ Ähnlich hoch sind auch die Armutsraten in den mediterranen Ländern, in denen die soziale Absicherung zu einem guten Teil noch

⁹ Korpi (1998) spricht hier vom Paradox der Umverteilungspolitik: Obwohl die Sozialleistungen auf die Armen konzentriert werden, ist das politische System nicht in der Lage, sie in ausreichendem Maße zur Verfügung zu stellen.

dem Familienverband überlassen wird. Die niedrige Erwerbsbeteiligung insbesondere von Frauen dürfte damit die Ursache für die hohe Altersarmut trotz hoher Einkommensersatzraten sein.

Investition in das Zukünftige Wachstum

Das unterschiedliche Wachstum zwischen den USA und Europa auf der einen Seite und die Unterschiede zwischen den europäischen Ländern legen es nahe zu untersuchen, in welchem Ausmaß die Länder in die Determinanten des mittelfristigen Wachstums investiert haben. Für entwickelte Länder sind dies vor allem Innovation, Ausbildung und neue Technologien. Aiginger (2004) hat gezeigt, dass man diese komplexen Bestimmungsgrößen des Wachstums an Hand von drei Indikatoren ansatzweise darstellen kann, nämlich durch Ausgaben für Forschung und Entwicklung, für Ausbildung und für die Informations- und Kommunikationstechnologie (alle in Relation zum Bruttoinlandsprodukt), und dass die Dynamik dieses Indikators eng mit dem wirtschaftlichen Wachstum korreliert (obwohl der Indikator Doppelzählungen enthält und Ausgaben und nicht Erfolge gemessen werden).

Übersicht 11: Zukunftsfaktoren

	Zukunftsinvestitionen insgesamt			Forschungs- und Entwicklungsausgaben			Bildungsausgaben			Ausgaben für Informations- und Kommunikationstechnologie		
	1992	1995	2000	1992	1995	2000	1992	1995	2000	1992	1995	2000
	In % des BIP											
Skandinavisches Modell	13,1	14,3	16,5	2,2	2,4	2,8	6,8	6,8	6,7	4,1	5,2	7,0
Dänemark	13,6	14,5	16,6	1,7	1,8	2,1	7,7	7,7	8,3	4,2	5,0	6,2
Finnland	12,7	13,9	15,7	2,1	2,3	3,4	6,9	6,9	5,9	3,7	4,7	6,4
Niederlande	11,5	12,1	13,8	1,9	2,0	2,0	5,0	5,0	4,8	4,6	5,1	6,9
Schweden	14,6	16,8	19,8	3,0	3,5	3,8	7,5	7,5	7,7	4,0	5,9	8,3
Norwegen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Korporatistisches Modell	10,7	11,2	12,9	1,8	1,8	1,9	5,4	5,4	5,2	3,6	4,0	5,8
Deutschland	11,3	11,3	12,8	2,4	2,3	2,5	4,7	4,7	4,6	4,2	4,3	5,7
Frankreich	12,2	12,7	14,2	2,4	2,3	2,2	6,0	6,0	5,8	3,8	4,4	6,2
Italien	8,4	9,9	11,3	1,0	1,3	1,2	4,9	4,9	4,6	2,5	3,7	5,5
Belgien	10,6	10,9	12,9	1,6	1,7	2,0	5,0	5,0	5,2	4,0	4,2	5,8
Österreich	11,2	11,4	13,4	1,5	1,6	1,8	6,2	6,2	5,7	3,5	3,6	5,9
Liberales Modell	11,2	12,3	12,3	1,6	1,5	1,5	5,3	5,3	4,5	4,4	5,5	6,4
Irland	10,9	11,9	10,9	1,2	1,0	1,0	5,5	5,5	4,5	4,3	5,4	5,4
Großbritannien	11,5	12,7	13,7	2,0	2,0	1,9	5,0	5,0	4,4	4,5	5,7	7,4
Mediterranes Modell	7,7	8,8	12,1	0,6	0,6	0,8	4,3	4,3	4,6	2,8	3,8	6,6
Griechenland	6,0	7,1	10,6	0,4	0,5	0,7	2,9	2,9	3,8	2,8	3,7	6,1
Portugal	9,2	10,4	13,5	0,6	0,6	0,8	5,4	5,4	5,7	3,2	4,4	7,0
Spanien	8,0	8,9	12,2	0,9	0,8	0,9	4,7	4,7	4,4	2,4	3,4	6,8
Liberales Überseemodell	13,2	14,2	16,4	2,7	2,5	2,7	4,9	4,9	4,9	5,7	6,8	8,8
USA	13,2	14,2	16,4	2,7	2,5	2,7	4,9	4,9	4,9	5,7	6,8	8,8
Kanada	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Australien	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Neuseeland	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
EU 15	10,8	11,5	13,3	1,9	1,8	1,9	5,2	5,2	5,0	3,7	4,5	6,4
Japan	10,4	10,4	13,1	2,7	2,7	3,0	3,5	3,5	3,6	4,2	4,3	6,5
Tschechien	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Ungarn	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
EU 15/USA	0,82	0,81	0,81	0,71	0,72	0,70	1,06	1,06	1,02	0,65	0,67	0,73

Q: OECD (MSTI).

Die Länder des skandinavischen Modells haben mit 16,5 % des Bruttoinlandsprodukts die höchsten Ausgaben und konnten diese Rate auch seit 1992 um 3,4 Prozentpunkte heben. Schweden erzielt dabei sowohl den besten Wert wie auch die stärkste Dynamik, knapp gefolgt von Dänemark. Finnland hat besonders im Forschungsbereich eine hervorragende Stellung erreicht und schneidet auch bei Telekom und in den PISA-Ratings hervorragend ab. Die Niederlande haben in dieser Gruppe die niedrigsten Ausgaben (13,8 % im Jahr 2000). Die korporatistischen Länder liegen im Bereich zwischen 11 % und 14 % und einem Schnitt von

knapp 13 %. Die Dynamik ist unterschiedlich, Italien holt auf ohne das Gruppenmittel zu erreichen, Österreich hat dieses überschritten, verliert aber bei Bildungsausgaben. Im liberalen europäischen Modell liegen die Ausgaben in Irland unter dem Durchschnitt der EU 15, in Großbritannien ganz knapp darüber, aber weit niedriger als im skandinavischen Modell. Der Aufholprozess der mediterranen Länder ist beachtlich. Die Kennzahlen für die USA sind in Höhe und Dynamik fast exakt gleich wie in den skandinavischen Ländern.

Zusammenfassung

Der erfolgreiche europäische Integrationsprozess, der Wunsch nach Mitgliedschaft und Zusammenarbeit von immer mehr Ländern, aber auch Enttäuschungen hinsichtlich des europäischen Wachstums und der Erreichbarkeit eines hohen Beschäftigungsgrades sowie nicht zuletzt die Diskussion um die europäische Verfassung haben die Diskussion über das europäische Wirtschafts- und Sozialmodell (kurz: Gesellschaftsmodell) intensiviert. Die vorliegende Kurzstudie versucht zusammenzufassen, welche Charakteristika das europäische Modell definieren, welche Unterschiede nach Ländern oder Ländergruppen es gibt, wie sich das europäische Modell von dem angloamerikanischen Modell, wie es außerhalb der Europäischen Union angewandt wird, unterscheidet und welche Veränderungen im europäischen Modell es in den letzten 15 Jahren gegeben hat. Die Kurzstudie wird durch ein umfangreiches Datenset angereichert, das für weiterführende Studien benützt und erweitert werden kann.

Das europäische Gesellschaftsmodell zeichnet sich durch eine breite Verantwortung der öffentlichen Hand für soziale Wohlfahrt aus, das neben der Risikenabsicherung auch die Gesundheit, Bildung und Familienförderung beinhaltet, das zweitens durch sozialen Dialog, institutionalisierte Arbeitsbeziehungen, Mitbestimmung und Arbeitsschutz gekennzeichnet ist und drittens universell und inklusiv über Personengruppen und Lebenszyklus allen Gesellschaftsmitgliedern zugute kommt und den sozialen Zusammenhalt und die ökologische Nachhaltigkeit anstrebt.

Die Sozialpolitik liegt vertragsgemäß in der Verantwortung der Mitgliedsstaaten. In den neunziger Jahren wurde die Integration von Sozialpolitik und Wettbewerbspolitik festgeschrieben. Die Lissabon-Strategie versucht, Wettbewerbsstärke in der wissensbasierten Gesellschaft mit besseren Jobs, sozialem Zusammenhalt und nachhaltigem Wachstum zu verbinden. Der Verfassungsvertrag fasst diese Ziele in einer Weise zusammen, dass man von einer Marktwirtschaft mit sozialer und ökologischer Verantwortung als europäisches Modell sprechen kann.

Innerhalb des europäischen Modells gibt es unterschiedliche Ausprägungen, die in dieser Studie als skandinavisches Modell, als korporatistisches Modell, als liberales Modell und als mediterranes Modell zusammengefasst werden. Zusätzlich ist zu erwarten, dass die neuen Mitgliedsländer eventuell eine neue Form entwickeln werden, die einerseits berücksichtigt, dass Institutionen teilweise noch nicht entwickelt sind, oder sich von jenen in den bisherigen Mitgliedsländern unterscheiden, andererseits aus dem Wunsch erklären, den

Einkommensrückstand zur EU 15 rasch aufzuholen und die sehr großen internen regionalen Disparitäten zu limitieren.

Das europäische Modell und die mit ihm verbundenen Kosten, hohe Steuern und hohe Regulierung werden oft für die unbefriedigende wirtschaftliche Erfolgsbilanz Europas verantwortlich gemacht. Es ist richtig, dass Europa nach einem beachtlichen Aufholprozess in der Produktivität (am deutlichsten in der Stundenproduktivität) seit Mitte der neunziger Jahre eine geringere Dynamik als die USA aufweist, doch ist der Aktivitätsrückstand nach Indikatoren unterschiedlich groß und auch nicht für alle europäischen Länder gegeben. Teilweise hat auch die Priorität der Schaffung einer eigenen Währung und die Errichtung der europäischen Zentralbank der Binnenmarktpolitik die Absicherung durch eine makroökonomische Steuerung und durch eine aktive Wachstumsstrategie entzogen. Die Binnenmarktpolitik wirkt langfristig expansiv, aber kurzfristig restriktiv. Die expansive Politik zur Forcierung von Wachstum durch Investitionen in Ausbildung, Innovation und neue Technologien wurde aus budgetären Gründen zu wenig forciert. Die makroökonomische Steuerung durch Fiskal- und Geldpolitik, wurde auch eher restriktiv, denn wachstumsfördernd und konjunkturstabilisierend eingesetzt.

Innerhalb Europas erreichten die Länder des skandinavischen Modells hohe Wachstumsraten und das höchste Beschäftigungsniveau. Dies zeigen Daten ab 1990, also inklusive einer scharfen Krise in einigen dieser Länder, bei einem Vergleich der letzten zehn Jahre (1995 bis 2005) erreicht diese Ländergruppe ähnliche Wachstumsraten wie die USA. Auch das Produktivitätsniveau ist in allen fünf Ländern 2005 kaufkraftbereinigt höher als im europäischen Durchschnitt. Innerhalb des liberalen europäischen Blocks ist der Aufholprozess Irlands beachtlich, allerdings nicht nur durch die marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, sondern auch durch hohe Strukturmittel, attraktive Steuersätze für multinationale Firmen und eine aktive Industriepolitik gekennzeichnet. Großbritannien erreicht nach einer Periode geringer Dynamik seit 1990 wieder ein leicht überdurchschnittliches Wachstum. Die Länder des korporatistischen Modells sind durch die schwache Dynamik Deutschlands, Frankreichs und Italiens unter den Durchschnitt der EU 15 gefallen. Der Aufholprozess der mediterranen Länder ist beachtlich, wenn auch nicht ohne Schwankungen über die Zeit und ausgehend von einer niedrigen Auslastung der Beschäftigungsressourcen.

Die erfolgreichen europäischen Länder – Schweden, Finnland, Dänemark – sind Länder des skandinavischen Modells mit hohem Sozial- und Beschäftigungsniveau, einem relativ großen Staatssektor und einer hohen Priorität der Umwelt. Ihre Strategie baut auf drei Säulen auf: privates und öffentliches Kostenbewusstsein, Reform des Arbeitsmarktes mit einer stark aktiven und qualifizierenden Komponente und Forcierung der Zukunftsausgaben (Forschung, Ausbildung und neue Technologien). Diese Länder haben ihr System und ihre Institutionen in den letzten zehn Jahren weiterentwickelt und reformiert, um den Wohlfahrtsstaat in der intensiveren globalen Konkurrenzsituation zu erhalten und als produktiven Faktor zu nutzen. Die Verringerung der Unsicherheit und das Vertrauen in die Institutionen sind ein wichtiger Beitrag zur Konkurrenzfähigkeit.

Die Erfahrungen der erfolgreichen Länder und auch von Reformen in anderen Ländern lassen erkennen, dass ein reformiertes europäisches Modell konkurrenzfähig sein kann. Es könnte etwa durch die folgenden Elemente gekennzeichnet sein:

- Das Sozialsystem sichert breit gegen Risiken ab, die Leistungen werden aber an individuelle Anstrengungen geknüpft, Beratung, Training und Anreize zur Aufnahme von Beschäftigung werden geboten, Ersatzraten sind bei niedrigen Einkommen höher als bei höheren.
- Einrichtungen und Vertragsformen werden forciert, die Beruf, Familie und Weiterbildung vereinbar machen, Transfers verlieren relativ an Bedeutung zu öffentlichen Dienstleistungen und investiven Komponenten.
- Nicht die individuelle Position wird garantiert, sondern die Voraussetzungen für die Wiederaufnahme der Beschäftigung werden verbessert. Flexibilität für Firmen wird verbunden mit Sicherheit für Arbeitnehmer, einen neuen Arbeitsplatz zu bekommen. Neben Vollzeitarbeitsplätzen gibt es unterschiedliche Formen der Teilzeit- und Kurzzeitverträge, diese sind mit anteiligen Sozialleistungen verbunden. Die Wahl der Flexibilität wird von Arbeitgeber und Arbeitnehmer symmetrisch bestimmt und soll auch nach Geschlechtern gleichmäßig verteilt sein. Personen, die in bestimmten Lebensphasen Flexibilität akzeptieren, haben Vorrang, wenn später von derselben Firma Vollzeitarbeitsplätze angeboten werden.
- Welfare to work Elemente werden implementiert mit dem Ziel, die Grenzsteuersätze bei Aufnahme von Arbeit zu verringern. Der Unterschied zwischen Brutto- und Nettolohn besonders im Bereich der Niedrigeinkommen wird begrenzt. Für Problemgruppen werden negative Einkommenssteuer, Wiedereingliederungsbeihilfen oder Kombilöhne staatlich forciert. Arbeitsmarktpolitik wird stärker dezentralisiert, der Schulungs- und Weiterbildungsaspekt forciert und alle Problemgruppen (inkl. Sozialhilfe, beschränkt Vermittlungsfähige) einbezogen.

Das europäische Modell ist auch nach diesen Reformen und teilweise gerade durch sie deutlich vom amerikanischen Modell unterschiedlich:

- Die abgedeckten Risiken sind in Europa umfangreicher und die Wohlfahrtskosten daher höher, der Versuch Einkommensunterschiede auszugleichen bleibt ein Kernelement des europäischen Gesellschaftsmodells. Ein Niedrigpreis und -lohnsektor wird langfristig nicht akzeptiert. Die Rolle der Arbeitsmarktinstitutionen ist mehr auf Hilfe und Förderung ausgerichtet.
- Ökologische Ziele, umfangreiche Risikenabsicherung, Vermeidung der Armut und Fairness in der Einkommensverteilung werden durch Steuern und Rahmenbedingungen abgesichert. Im Bereich der Schulen und der Gesundheit wird ein hoher Teil in öffentlichen Einrichtungen angeboten.
- Die öffentliche Hand übernimmt eine proaktive Rolle im Bereich der Forschung, der Industriepolitik, der Aus- und Weiterbildung, indem sie Anreize bietet, in diese Bereiche zu investieren.

- Sozialpartner spielen eine Rolle in der Festlegung der Lohnskala und der Lohnhöhe, sie beeinflussen gemeinsam mit der Regierung und unter Anhörung von Experten die Institutionen und die Wirtschaftsgesetze.

Zusammenfassend eröffnen die empirischen Ergebnisse der letzten 10 bis 15 Jahre die Zuversicht, dass ein umfassendes Sozialmodell, auch unter Einschluss ökologischer Komponenten (ein "Europäisches Gesellschaftsmodell") mit einer effizienten und konkurrenzfähigen Wirtschaft vereinbar sind. Voraussetzung ist, dass ein Land kostenbewusst und anreizorientiert Institutionen und Verträge gestaltet, aktiv in die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit investiert (Forschung, Ausbildung, Infrastruktur) und eine langfristige, konsensorientierte Wachstumsstrategie verfolgt, die auch im Auge hat, dass ein Mangel an gesamtwirtschaftlicher Nachfrage die erfolgreichsten Strukturreformen zunichte machen kann.

Literatur:

- Aiginger, K. (2005A), *Strategien zur Erhöhung von Wachstum und Beschäftigung in Österreich*, Unterlage für den Reformdialog „Wachstum und Arbeit“ am 1. Mai 2005.
- Aiginger, K. (2005B), *Wohin steuert das österreichische Wirtschafts- und Sozialmodell?* Referat vor dem Club der Wirtschaftspublizisten in Wien, 18. Mai 2005, WIFO-Vorträge No 95, 2005.
- Aiginger, K. (2005C), *„Towards a New European Model of the Reformed Welfare State: An Alternative to the United States Model“*, *Economic Survey of Europe*, United Nations, New York and Geneva, No. 1, 2005.
- Baily, M.N., Kirkegaard, J.F., *A Transformation of the European Economy*, Institute for International Economics, Washington, September, 2004, http://bookstore.iie.com/merchant.mvc?Screen=PROD&Product_Code=353
- Blanchard, O., *The Economic Future of Europe*, *Journal of Economic Perspectives*, Vol.18(4), Fall 2004, S. 3-26.
- Boeri, T., *Does Europe Need a Harmonized Social Policy?* Paper prepared for the conference on “Competition of Regions and Integration in EMU”, 30th Volkswirtschaftliche Tagung der ÖNB, 13.-14.6.2002
- Breuss, F., *Comments on Boeri, T. ‘Does Europe Need a Harmonized Social Policy?’*, at the conference on “Competition of Regions and Integration in EMU”, 30th Volkswirtschaftliche Tagung der ÖNB, 13.-14.6.2002
- Breuss, F., *Die Zukunft der Lissabon Strategie*, WIFO-Working Papers 244, 2005
- Esping-Andersen, G., *Three Worlds of Welfare Capitalism*, Polity, Cambridge, 1990
- Esping-Andersen, G., *Social Foundations of Postindustrial Economies*, Oxford University Press, Oxford, 1999
- Esping-Andersen, G., gem. mit Gallie, D., Hemerijck, A., Myles, J., *Why We Need a New Welfare State*, Oxford University Press, Oxford, 2002
- Europäische Union, *Vertrag über eine Verfassung für Europa*, Amt für Statistische Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaft, Luxemburg, 2005.
- EU-Kommissionsdokument, *The European social model*, Manuskript, 14. Juli 2005.
- Fitoussi, J.-P., Kistoris Padoa Schioppa, F.K. (eds.), *Report on the State of the European Union*, Vol.1, Palgrave Macmillan, Houndsmills, 2005.
- Förster, Michael und Mira d’Ercole, Marco (2005): *Income Distribution and Poverty in OECD Countries in the Second Half of the 1990s*. OECD Social, Employment and Migration Working Papers 22, Paris, OECD, DELSA/ELSA/WD/SEM(2005)1.
- Grahl, J., Teague, P., *Is the European Model Fragmenting?*, in: Pierson, C., Castels, F.G. (eds.), *The Welfare State Reader*, Polity Press, Cambridge, UK, 2000, S. 207-232.
- Guger, A., *Die Effektivität wohlfahrtsstaatlicher Distributionspolitiken – Trends im internationalen Vergleich*, in: Held, Martin, Kubon-Gilke, Gisela und Sturz, Richard (Hg.) (2006): *Normative und institutionelle Grundfragen der Ökonomik. Jahrbuch 5: Soziale Sicherung in Marktgesellschaften*. Marburg: Metropolis (Vorankündigung)
- Handler, H., Böheim, M., Falk, M., Walterskirchen, E., *Strukturenreformen in Österreich aus der Sicht der Lissabon-Agenda*, WIFO, 2004.
- Kaniovski, S., Walterskirchen, E., *Flexibilisierung der Arbeitszeit*, WIFO, 2004.
- Korpi, Walter und Palme, Joakim (1998): *The Paradox of Redistribution and Strategies of Equality: Welfare State Institutions, Inequality and Poverty in the Western Countries*, *American Sociological Review* 63 (February), S. 661-687; zitiert nach <http://www.lisproject.org/publications/LISwps/174.pdf>, S. 1-63.
- Leibfried, S., *Towards a European Welfare State?*, in: Pierson, C., Castels, F.G. (eds.), *The Welfare State Reader*, Polity Press, Cambridge, UK, 2000, S. 190-206.
- Pisani-Ferri, J., *Only teamwork can put the eurozone on a steady course*, *Financial Times*, August 31, 2005.
- Sapir, A., Aghion, Ph., Bertola, G., Hellwig, M., Pisani-Ferry, J., Rosati, D., Vinals, J., Wallace, H., *An Agenda for a Growing Europe: Sapir Report*, Oxford University Press: Oxford, 2004.
- Tichy, G., *Die ‘Neue Unsicherheit’ als Ursache der europäischen Wachstumsschwäche*, *Perspektiven der Wirtschaftspolitik*, Bd. 6(3), 2005, S. 385-407

Annex 1: Sozialausgaben der öffentlichen Hand

	Sozialausgaben insgesamt		Altersversorgung		Hinterbliebene		Invalidität		Krankheit		Familie		Aktive Arbeitsmarktpolitik		Arbeitslosigkeit		Wohnung		Andere	
	1990	2001	1990	2001	1990	2001	1990	2001	1990	2001	1990	2001	1990	2001	1990	2001	1990	2001	1990	2001
	Skandinavisches Modell	27,4	25,7	7,9	7,7	0,7	0,5	5,0	4,4	6,5	6,4	3,1	2,8	1,2	1,2	2,0	1,5	0,4	0,4	0,7
Dänemark	29,3	29,2	8,6	8,3	0,0	0,0	3,3	3,9	7,0	7,1	3,3	3,8	1,1	1,5	4,3	3,0	0,7	0,7	1,0	1,1
Finnland	24,8	24,8	7,1	7,9	1,0	1,0	4,3	3,9	6,3	5,3	3,2	3,0	1,0	0,9	1,1	2,0	0,2	0,3	0,5	0,5
Niederlande	27,6	21,8	7,8	6,4	1,2	0,7	6,9	4,1	5,4	5,7	1,7	1,1	1,1	1,5	2,5	1,3	0,3	0,4	0,8	0,6
Schweden	30,8	28,9	8,7	9,2	0,7	0,6	5,6	5,2	7,5	7,4	4,5	2,9	1,7	1,4	0,9	1,0	0,7	0,6	0,5	0,6
Norwegen	24,7	23,9	7,2	6,8	0,4	0,3	4,8	4,8	6,4	6,8	2,8	3,2	0,9	0,8	1,1	0,4	0,2	0,2	0,9	0,6
Korporatistisches Modell	24,7	26,7	9,2	10,6	2,1	2,0	2,5	2,5	6,2	6,6	2,1	2,2	0,7	0,9	1,4	1,3	0,3	0,3	0,3	0,4
Deutschland	22,8	27,4	9,9	11,7	0,5	0,4	1,8	2,3	8,5	8,0	1,7	1,9	1,1	1,1	0,7	1,2	0,1	0,2	0,5	0,5
Frankreich	26,6	28,5	9,3	10,6	1,7	1,5	2,5	2,1	6,6	7,2	2,8	2,8	0,8	1,3	1,8	1,6	0,7	0,9	0,3	0,4
Italien	23,3	24,4	9,6	11,3	2,4	2,6	2,7	2,1	6,4	6,3	1,0	1,0	0,2	0,5	0,8	0,6	0,0	0,0	0,0	0,0
Belgien	26,9	27,2	7,6	8,7	2,9	2,6	3,2	3,3	6,6	6,4	2,3	2,3	1,2	1,3	2,6	2,2	.	.	0,5	0,4
Österreich	24,1	26,0	9,6	10,7	2,9	2,7	2,1	2,5	5,2	5,2	2,7	2,9	0,3	0,5	0,8	0,8	0,1	0,1	0,3	0,5
Liberales Modell ohne Luxemburg	19,1	17,8	5,7	5,4	0,9	0,7	2,0	2,0	4,7	5,5	1,8	1,9	1,0	0,5	1,6	0,5	1,0	1,0	0,4	0,3
Irland	18,6	13,8	4,2	2,7	1,2	0,8	1,9	1,4	4,4	4,9	1,6	1,6	1,4	0,7	2,6	0,7	0,6	0,5	0,7	0,5
Großbritannien	19,5	21,8	7,2	8,1	0,6	0,6	2,1	2,5	5,0	6,1	1,9	2,2	0,6	0,3	0,7	0,3	1,3	1,5	0,2	0,2
Mediterranes Modell	18,1	21,7	7,5	9,6	0,8	1,0	2,4	2,2	4,4	5,6	1,0	1,2	0,6	0,5	1,0	0,9	0,2	0,3	0,1	0,3
Griechenland	20,9	24,3	10,8	12,7	0,6	0,9	2,3	1,8	4,0	5,2	1,6	1,8	0,4	0,2	0,4	0,4	0,5	0,7	0,2	0,6
Portugal	13,9	21,1	4,4	7,9	1,0	1,5	2,5	2,5	4,1	6,3	0,9	1,2	0,6	0,6	0,4	0,9	0,0	0,0	0,0	0,3
Spanien	19,5	19,6	7,4	8,3	0,9	0,6	2,3	2,4	5,3	5,4	0,3	0,5	0,8	0,8	2,3	1,3	0,1	0,2	0,1	0,1
Liberales Überseemodell	17,0	17,3	5,0	4,9	0,5	0,4	1,7	1,8	5,6	6,3	1,3	1,6	0,5	0,4	1,4	0,8	0,4	0,5	0,8	0,8
USA	13,4	14,8	5,2	5,3	0,9	0,8	1,0	1,1	4,8	6,2	0,5	0,4	0,2	0,2	0,4	0,3	.	.	0,4	0,5
Kanada	18,6	17,8	4,2	4,8	0,4	0,4	1,1	0,8	6,7	6,7	0,6	0,9	0,5	0,4	1,9	0,8	0,7	0,5	2,5	2,4
Australien	14,2	18,0	3,3	4,7	0,3	0,2	1,9	2,3	5,2	6,2	1,5	2,8	0,3	0,4	1,1	1,0	0,3	0,1	0,3	0,1
Neuseeland	21,9	18,5	7,3	4,7	0,2	0,1	3,0	2,8	5,7	6,1	2,6	2,2	0,9	0,5	1,9	1,1	0,2	0,8	0,1	0,1
EU 15	23,4	24,0	7,9	8,8	1,4	1,1	3,2	2,9	5,7	6,1	2,1	2,2	0,8	0,9	1,5	1,2	0,4	0,4	0,4	0,4
Japan	11,2	16,9	4,1	7,3	0,9	1,2	0,6	0,7	4,5	6,3	0,4	0,6	0,3	0,3	0,3	0,5	.	.	0,1	0,2
Tschechien	17,0	20,1	5,6	6,7	0,9	0,9	2,5	3,0	4,9	6,7	2,6	1,6	0,2	0,2	0,2	0,2	.	0,1	0,5	0,6
Ungarn	.	20,1	.	8,0	.	0,3	.	2,7	.	5,1	.	2,5	.	0,5	.	0,4	.	0,5	.	0,2
EU 15/USA	1,74	1,62	1,52	1,67	1,49	1,35	3,13	2,55	1,20	0,98	4,47	5,67	3,73	5,67	3,49	3,87	.	.	1,01	0,92

Q: OECD (2004), Social Expenditure Database (SOCX, www.oecd.org/els/social/expenditure);
Bei Sub-Aggregaten ungewichteter Länderdurchschnitt; EU 15 ungewichteter Länderdurchschnitt.
Anmerkung: Steuerquote: Australien bis 2002; Aktive Arbeitsmarktpolitik und Arbeitslosigkeit: Tschechien 1991.

Annex 2: Einkommenssteuer

	Einkommensteuer in % des Bruttoeinkommens		
	1979	1991	2004
Skandinavisches Modell	23,0	22,7	20,0
Dänemark	30,3	36,0	25,4
Finnland	20,9	21,8	24,2
Niederlande	12,5	10,1	8,3
Schweden	33,7	28,0	24,0
Norwegen	17,5	17,8	18,0
Korporatistisches Modell	23,6	8,2	7,9
Deutschland	9,9	8,7	-2,8
Frankreich	0,4	1,0	7,1
Italien	93,4	12,7	11,9
Belgien	8,0	15,0	15,2
Österreich	6,5	3,8	8,1
Liberales Modell	15,4	15,8	5,2
Irland	11,5	16,2	2,2
Großbritannien	19,3	15,4	8,1
Mediterranes Modell	3,4	2,7	1,8
Griechenland	0,0	0,5	0,6
Portugal	4,0	1,2	0,4
Spanien	6,1	6,4	4,3
Liberales Überseemodell	13,8	15,3	1,8
USA	11,6	11,3	2,4
Kanada	9,7	12,1	13,9
Australien	16,8	16,8	24,3
Neuseeland	17,0	20,8	20,7
EU 15	18,6	12,6	9,8
Japan	1,8	2,4	2,7
Tschechien	.	.	5,3
Ungarn	.	.	4,7
EU 15/USA	1,60	1,12	4,08

Q: ifo (DICE);
Bei Sub-Aggregaten ungewichteter Länderdurchschnitt; EU 15 ungewichteter Länderdurchschnitt.

Annex 3: Differenz Personalaufwand/Nettolohn (Tax wedge)

	Einpersonenhaushalt ohne Kinder					
	1979	1991	Einkommensteuer	Sozialausgaben		Total
				Arbeitnehmer	Arbeitgeber	
			2004			
Skandinavisches Modell	44,9	45,0	18,8	10,0	14,0	42,8
Dänemark	40,6	46,7	30,4	10,5	0,5	41,5
Finnland	41,6	44,5	19,5	4,9	19,4	43,8
Niederlande	48,0	46,5	7,3	22,2	14,0	43,6
Schweden	50,7	46,0	18,1	5,3	24,6	48,0
Norwegen	43,5	41,2	18,5	6,9	11,5	36,9
Korporatistisches Modell	42,5	47,0	13,7	11,7	23,2	48,6
Deutschland	40,8	46,4	16,2	17,3	17,3	50,7
Frankreich	.	.	9,4	9,8	28,2	47,4
Italien	45,3	48,8	14,0	6,9	24,9	45,7
Belgien	47,4	53,7	20,5	10,7	23,0	54,2
Österreich	36,5	39,1	8,4	14,0	22,5	44,9
Liberales Modell	35,0	36,5	12,1	6,2	9,4	27,5
Irland	33,9	39,8	9,6	4,5	9,7	23,8
Großbritannien	36,1	33,2	14,5	7,8	9,0	31,2
Mediterranes Modell	30,0	34,2	4,9	8,8	21,5	35,2
Griechenland	25,6	33,0	0,5	12,5	21,9	34,9
Portugal	28,1	33,2	4,5	8,9	19,2	32,6
Spanien	36,4	36,5	9,7	4,9	23,4	38,0
Liberales Überseemodell	25,8	26,7	18,9	6,7	7,6	27,9
USA	31,9	31,3	15,4	7,1	7,1	29,6
Kanada	23,2	29,0	16,5	6,2	10,1	32,8
Australien	21,9	22,8	22,9	.	5,7	28,6
Neuseeland	26,0	23,8	20,7	.	.	20,7
EU 15	39,3	41,5	12,7	10,2	18,0	40,8
Japan	16,70	21,5	5,2	10,3	11,1	26,6
Tschechien	.	.	8,4	9,3	25,9	43,6
Ungarn	.	.	9,0	9,9	26,9	45,8
EU 15/USA	1,23	1,33	0,82	1,43	2,53	1,38

Q: ifo (DICE);

Bei Sub-Aggregaten ungewichteter Länderdurchschnitt; EU 15 ungewichteter Länderdurchschnitt.